ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN
68.(83.) JAHRGANG
FEBRUAR 2015

blz

Geflüchtete Kinder

SOZIALPÄDAGOGIK
Kettenarbeitsverträge

TENDENZEN
Frauen*Kampftag

GLOSSE
In der Steinzeit

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | ...3-5

TITEL

Junge Geflüchtete in Berlin ... 6
Mehr Stunden für gezielte Förderung *Sigrid Baumgardt* ... 7
Der Krieg hat mir ein ganzes Jahr gestohlen *Jürgen Schulte* ... 9
Bündeln oder verteilen? *Maria Greckl* ... 10
Hürdenlauf *Niels Espenhorst* ... 12
Hauptsache wir leben *Monika Braun* ... 14
Geflüchteten helfen *Katharina Strutynski* ... 16

SOZIALPÄDAGOGIK

Wer nicht wagt, kann nicht gewinnen *Alexandra Urban* ... 17

SCHULE

Unter dem Deckmantel des Kinderschutzes *Alexander Lotz* ... 18

HOCHSCHULE

Verpaktet und verkauft *Henrik Piltz* ... 20

GEWERKSCHAFT

Wir vergessen nicht *Christiane Thöne* ... 22
Gesichter der GEW ... 24
Streit im DGB *Joachim Neu* ... 24

RECHT & TARIF

Kurzmeldungen ... 25

EUROPA

Schule und Gesellschaft in der Russischen Föderation *J. Tetzner* ... 26

TENDENZEN

Für die Helden und Opfer der »Mafaa«! *M. Ballé Moudoumbou* ... 27
Umbenennung einer Schule *York Zebuhr* ... 28
Verbunden in feministischen Kämpfen *Bärbel Lange* ... 29

BÜCHER

Die Deutschen lieben Torten mit Schlagsahne *Klaus Will* ... 30
Utopie oder Untergang *Klaus Will* ... 30

GLOSSE

In der Steinzeit *Gabriele Frydrych* ... 32

SERVICE

Theater und Schule | Fortbildung | Materialien ... 33

20 HOCHSCHULE Ziemlich kompliziert, sich beim Paket der Pakte für die Hochschulen durchzufinden. Henrik Piltz hat sich durchgearbeitet und meint, dass das große Tamtam nur ablenken soll von der weiter bestehenden Unterfinanzierung.

22 GEWERKSCHAFT Den verfolgten Berliner Lehrkräften während des Nationalsozialismus einen Namen zu geben und ihr Leben zu würdigen – das ist das Ziel der Untersuchung, die die GEW in Auftrag gegeben hat. Jetzt liegt ein Zwischenbericht vor.

27 TENDENZEN Dass Deutschland an der Versklavung, Ausbeutung und Verschleppung im Kolonialismus beteiligt war, wissen heute die Wenigsten. Marianne Ballé Moudoumbou zeigt die Lücken in der deutschen Geschichtsschreibung und ruft zur Beteiligung am Gedenkmarsch in Berlin auf.

TITEL: BERT BUTZKE UNTEN:KADIB; MITTE: E.STOSCH/PIXELIO.DE; OBEN: R. STURM /PIXELIO.DE

IMPRESSUM

Die blz ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Caroline Muñoz del Rio (verantwortlich), Klaus Will (Koordinierung, Foto- und Schlussredaktion), Martina Brömme, Tom Erdmann, Josef Hofmann, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne, Richardo Zeh.
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de **Anzeigen und Verlag:** GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion. Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 12 vom 1. November 2013
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler Erkelenzdamm 9, 10999 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin

ISSN 0944-3207 2/2015: 26.100

LEUTE

Steffen Krach heißt der neue Staatssekretär für Wissenschaft in der Senatsbildungsverwaltung. Krach ist halb so alt wie sein Vorgänger Knut Nevermann, der nun endlich seinen Ruhestand fortsetzen kann. Nevermann hatte seine Karriere am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung gestartet und wurde nach unterschiedlichen Tätigkeiten auf Landes- und Bundesebene im November 2010 als 66-Jähriger Staatssekretär in Berlin. Sein Nachfolger Steffen Krach ist Diplom-Politologe und war bereits von 2007 bis 2012 in der Senatsbildungsverwaltung tätig. Zuletzt hatte er für Thomas Oppermann, SPD-Fraktionschef im Bundestag, gearbeitet.

Regina Katerndahl heißt seit September 2014 die Neue an der Spitze der Berliner IG Metall. Die Politologin ist die erste Frau in der Führung des Landesverbandes der Metaller-Gewerkschaft. Eine Delegiertenversammlung wählte die 49 Jahre alte Gewerkschaftssekretärin zur zweiten Bevollmächtigten. Erster Bevollmächtigter ist Klaus Abel. Die Berliner IG-Metall hat 35.000 Mitglieder.

Naina ist 17, kommt aus Köln und ist Schülerin am erzbischöflichen Ursulinen-Gymnasium, einem Mädchengymnasium. Mit ihrem Tweet »Ich bin fast 18 und hab' keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann eine Gedichtanalyse schreiben«, hat sie laut einer Meldung der Medien eine breite Diskussion ausgelöst. Der Text klingt allerdings fast so, als wäre das eine Auftragsarbeit für die Arbeitgeberverbände, Stichwort »Schulfach Wirtschaft«. Ansonsten empfehlen wir der fast 18-jährigen, einfach mal eine gute Zeitung zu lesen.

Stefan Aufenanger, Professor für Erziehungswissenschaft und Medienpädagogik an der Universität Mainz, findet die Vermittlung von Medienkompetenz bereits im Elementarbereich wichtig. Denn die Lebenswelt von heutigen Kindern sei sehr stark schon von digitalen und auch noch von traditionellen Medien geprägt. Er favorisiere Tablets für den Einstieg in Kitas und findet, dass es gute App-Angebote schon für die Dreijährigen gebe, teilte er anlässlich seines Auftritts auf der diesjährigen Didacta mit. ■

FOTO: PROMO

Endlich handeln

Geflüchtete Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gute Bildung

von Regina Kittler, Mitglied des Abgeordnetenhauses (Die Linke)

Die zwölfjährige Muzoon* war eines der ersten Mädchen, die nach ihrer Flucht aus Syrien mit ihrer Familie im Corvushaus in Lichtenberg eine Unterkunft fand. Ein Skandal ist, dass sie in den drei Monaten, in denen ihre Asylanträge geprüft werden, keine Schule besuchen durfte. Ihr wurde das Recht auf Bildung verwehrt! Inzwischen hat Muzoons Familie in Deutschland Asyl bekommen. Aus dem Corvushaus kann sie trotzdem so schnell nicht ausziehen, denn eine Wohnung lässt sich schwer finden und die anderen Gemeinschaftsunterkünfte in Berlin sind voll oder noch nicht gebaut.

Aus Lichtenberg ist zu hören, dass es ab Februar für Muzoon und die anderen Kinder eine sogenannte Heimschule geben soll. Offensichtlich plant das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) unter Führung von Senator Mario Czaja (CDU), geflüchtete Kinder künftig auch in den Containersiedlungen zu unterrichten. So wurde bei der Planungskonferenz für das Containerdorf in Buch im Dezember 2014 erklärt, dass dort auch für die Begrüßungsklassen Unterrichtsräume eingerichtet werden. Wie willkommen werden sich Kinder da wohl fühlen? Die Senatsbildungsverwaltung hat sich zurecht für einen Unterricht in den Regelschulen ausgesprochen!

Geflüchtete Kinder und Jugendliche, besonders die Mädchen, hatten vielfach keine normalen Bildungschancen. Ihnen nun auch den Kontakt zu Gleichaltrigen zu erschweren und sie zu separieren, kann ich nicht akzeptieren. Genauso ist nicht hinnehmbar, dass das LaGeSo mit der Senatsbildungsverwaltung offensichtlich nicht zusammenarbeitet. Der Schulbesuch von zugewanderten Kindern ist kein vorübergehendes Problem, sondern eine dauerhaft zu lösende Aufgabe. Damit dürfen die Bezirke nicht allein gelassen werden. Kinder und Jugendliche müssen nach teils traumatischen Erlebnissen schnell Bildungsangebote erhalten und an einem normalen Alltag teilnehmen können. Dafür müssen in den Schulen auch die entsprechenden personellen, räumlichen und sächlichen Bedingungen vorhanden sein. Nuri Kiefer von der GEW bemerkte zurecht, dass dem Senat jetzt die Schließung von Schulen vor fünfzehn Jahren auf die Füße fällt. Zu oft noch fühlen sich die Schulkollegien allein gelassen und überfordert und können die schwierige neue Aufgabe nicht so erfüllen, wie es notwendig wäre. Wie auch, wenn es dafür kaum ausgebildete Fachkräfte gibt. Dabei müsste die Zielstellung doch sein, die Verweildauer in den Willkommensklassen so kurz wie möglich zu halten, damit die Normalität so schnell wie möglich Realität werden kann.

In diesem Zusammenhang ist nicht zu verstehen, dass AbsolventInnen der Uni Leipzig mit der Studienrichtung »Deutsch als Fremdsprache« (DaF) deutschlandweit auf Arbeitssuche gehen und in Berlin maximal in den Volkshochschulen Kurse für erwachsene Zugewanderte geben dürfen. Diese Lehrkräfte müsste Sandra Scheeres doch für Berlin mit Begrüßungsgeschenk umwerben, oder? Und die Einrichtung eines solchen Studienganges in Berlin wäre das Gebot der Stunde, denn Zuwanderung wird es weiterhin geben. Ganz schnell sollte außerdem nicht nur ein Fortbildungsprogramm aufgelegt sondern auch der Erfahrungsaustausch organisiert werden. Dass Willkommensklassen auch an Gymnasien gut funktionieren können, zeigt das Emmi-Noether-Gymnasium in Köpenick, das SchülerInnen aus dem Allendeviertel aufnimmt. ■

** Name durch Redaktion geändert*

Warnstreikaktion der Lehrkräfte an den jüdischen Schulen am 20. Januar 2015 vor dem Gemeindezentrum in der Fasanenstraße. Siehe auch Meldung.

FOTO: U. MERTENS

Streik an jüdischen Schulen

Bereits zum vierten Mal haben die Lehrkräfte des Jüdischen Gymnasiums und der Heinz-Galinski-Schule am 20. Januar gestreikt. Mehr als die Hälfte der dort beschäftigten Lehrkräfte haben sich an dem Warnstreik beteiligt. Sie wollen damit den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, Dr. Gideon Joffe, zu Tarifverhandlungen über die Einkommens- und Arbeitsbedingungen bewegen. Dieser ignoriert seit einem Jahr jede telefonische und schriftliche Einladung zu Gesprächen. Die Lehrkräfte fordern eine Bezahlung analog den Regelungen für Tarifbeschäftigte des Landes Berlin und einen Tarifvertrag, der den besonderen Bedingungen in der Jüdischen Gemeinde Rechnung trägt. Udo Mertens, Leiter im Vorstandsbereich Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik: »Die Bezahlung der Lehrkräfte an den Jüdischen Schulen ist intransparent und von Willkür geprägt. Seit dem ersten Warnstreik am 20. Januar 2014 erhalten einige Kolleginnen und Kollegen Zulagen, andere nicht. Selbst diese Beschäftigten sind noch immer schlechter bezahlt als vergleichbare Lehrkräfte im Land Berlin. Wir fordern verlässliche und rechtssichere Regelungen für alle Beschäftigten in einem Tarifvertrag.«

ÄNDERUNG DER FERIENORDNUNG

Letzter Unterrichtstag in diesem Schuljahr ist nicht Dienstag, der 14.7.2015, sondern Mittwoch, der 15.7.2015. Das gilt entsprechend auch für das Schuljahr 2015/16. Die zweite Änderung betrifft den Dienstag nach Pfingsten (26.5.2015). Dieser Tag ist unterrichtsfrei. Die Termine wurden nach Drucklegung des GEW-Kalenders und des großen Schulkalenders geändert. Im blz-Kalender konnte die Änderung noch berücksichtigt werden.

NichtschülerInnenprüfungen zur ErzieherIn

Die NichtschülerInnenprüfung zur ErzieherIn ist in der »Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Sozialpädagogik« geregelt und als Aufgabenbereich den staatlichen Fachschulen für Sozialpädagogik zugeordnet. Damit gehört die Abnahme der Prüfung zum Hauptamt der dort tätigen Lehrkräfte. Die Zahl der Prüfungszugelassenen hat sich seit der Einführung der Prüfung 2010 wie folgt entwickelt: Waren es 2010 noch 114 Prüflinge so gab es in den darauf folgenden Jahren beständige Steigerungen auf 324 Prüflinge im vergangenen Jahr 2014. Der Senat beabsichtigt mit der Einführung des bundesweit abgestimmten kompetenzorientierten Rahmenplans in Berlin zum Schuljahr 2016/2017, die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Fachschulen für Sozialpädagogik zu überarbeiten und die Abschlussprüfungen für alle staatlichen Fachschulen und alle staatlich anerkannten Fachschulen in freier Trägerschaft für Sozialpädagogik einheitlich und zu einem festgelegten Zeitpunkt anzubieten. Das gilt dann auch für die NichtschülerInnenprüfung, bei der eine Deckelung der Zulassung nicht vorgesehen ist, teilte die Senatsbildungsverwaltung auf eine Anfrage im Abgeordnetenaus mit. *(Drucksache 17 / 15 125)*

Petition gegen Reduzierung der Bibliotheksangebote

Die Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) wird es in der alten Form nicht mehr lange geben. Denn der vielfältige Buchbestand der Amerika-Gedenkbibliothek und der Berliner Stadtbibliothek soll abgeschafft werden. Die Buchauswahl soll radikal reduziert werden. 80 Prozent der Bücher in den meisten Fachgebieten darf die ZLB künftig nicht mehr selbst auswählen. Sie muss stattdessen die fertige Auswahl einer Agentur übernehmen, der ekz-bibliotheksservice GmbH aus Reutlingen. Doch die liefert nur ein beschränktes Angebot. In vielen Fachgebieten der ZLB soll die Buchauswahl stark verkleinert werden, in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften wie bei Philosophie, Politik und Psychologie sogar um die Hälfte. Am schlimmsten trifft es jedoch die Kinder- und Jugendbibliothek. Hier soll es bis auf das Lernzentrum künftig jeden zweiten neuen Buchtitel nicht mehr geben. Um das alles zu verhindern, hat der Kreuzberger Lehrer Eckart Müller eine offene Petition gestartet. Gerade Lehrkräfte sollten sich hier engagieren und die Petition unterzeichnen, damit das von open petition geforderte Quorum von 15.000 Stimmen erreicht wird.

www.openpetition.de/petition/online/buechervernichten-in-berlin-bibliotheken-werden-kaputt-rationalisiert

Spielball Bildung: Das Hin und Her bei der Früheinschulung

Auf der Senatsklausur im Januar 2015 wurde auf Initiative der CDU die verbindliche Früheinschulung abgeschafft. Die GEW kritisierte das Hin und Her und

wies darauf hin, dass die Ablehnung der Früheinschulung auch damit zusammenhänge, dass die Schulen dafür nicht gerüstet waren. Mit der jetzigen Entscheidung verlagere man das Problem lediglich: Denn die Kitas seien ebenfalls nicht für einen größeren Andrang ausgestattet. Berlin hatte die Früheinschulung zum Schuljahr 2005/06 eingeführt: Zahlreiche Kinder wurden dadurch bereits mit fünf Jahren schulpflichtig. Viele Eltern kritisieren jedoch die Früheinschulung und ließen ihr Kind um ein Jahr zurückstellen. Schon zum Schuljahr 2016/17 reicht ein einfaches Kreuzchen bei der Anmeldung, um das Kind ein Jahr später einzuschulen. Ab dem Schuljahr 2017/18 gilt dann der 30. September als neuer Stichtag.

Annahme von Geschenken bei Lehrkräften

Im November 2014 ist die neue Verwaltungsvorschrift zu den Ausführungsvorschriften über das Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen erschienen. Hiernach dürfen auch Geschenke von Eltern oder der SchülerInnengruppen den Wert von zehn Euro nicht überschreiten. Die neue Vorschrift der Bildungsverwaltung ist allerdings nur eine Konkretisierung der für den gesamten öffentlichen Dienst geltenden Ausführungsvorschrift zur Annahme von Belohnungen und Geschenke vom Januar 2013, wo auch schon der Höchstwert von zehn Euro genannt wird. Eine Berliner Lehrerin konnte jüngst nur mit Zahlung von 4.000 Euro die Einstellung des Verfahrens gegen sich erreichen. Ein Vater und Schulleiter hatte die Lehrerin angezeigt, weil sie ein Geschenk der Eltern im Wert von 200 Euro angenommen hatte. Dieser Fall hat eine Debatte zu der Frage angestoßen, ob 10 Euro wirklich zeitgemäß sind und ob 50 Euro nicht angemessener wären. Negativ ist allerdings der Umgang mit dem Fall in der Presse: Es werden immer mehr Details veröffentlicht und groß aufgemacht, während andere bildungspolitische Themen in den Hintergrund gedrängt werden.

Regelfinanzierung statt mehr Mittel fürs Bonusprogramm

Das Bonusprogramm für Schulen in schwieriger Lage soll auch auf Privat- und Berufsschulen ausgeweitet werden. Dafür sprach sich SPD-Fraktionschef Raed Saleh aus. Die GEW BERLIN sieht diese geplante Ausweitung kritisch und fordert stattdessen Haushaltsmittel für die Regelfinanzierung von mehr PädagogInnen. Sigrid Baumgardt, Vorsitzende der GEW BERLIN, gegenüber der Presse: »Bevor weitere Millionen aus dem Bildungsbereich in Einzelprojekte an Privatschulen in schwieriger Lage fließen, muss das Bonusprogramm evaluiert werden. Wir wissen nicht, ob die Mittel wirklich bei den Kindern aus Armutsverhältnissen ankommen oder welche Wirkung sie innerhalb der Schule haben. Die Schulen – insbesondere jene in sozialen Brennpunkten – verwalten immer mehr Budgets aus verschiedenen Töpfen. Kommerzielle Anbieter tummeln sich im Bildungsbereich – das kann nicht die Lösung sein! Anstatt eine Taschengeldstimmung in den Schulen zu erzeugen, muss der Senat diesen Schulen mehr pädagogisches Personal und eine ausreichende Regelfinanzierung zur Verfügung stellen.«

Ein Urknall für Arbeitnehmerrechte

Vor zehn Jahren machte die Gewerkschaft ver.di mit dem »Schwarzbuch Lidl« von Andreas Hamann und Gudrun Giese die systematische Verletzung elementarer Arbeitnehmerrechte bei Deutschlands zweitgrößtem Discounter publik. Die breite Medienresonanz hat einen kritischen Blick auf die Arbeitswelt befördert. Die Lidl-Schwarzbücher haben im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wesentlich dazu beigetragen, den öffentlichen Raum für kritische Medienberichterstattung aus der Arbeitswelt zu erweitern, schreibt der Journalist Martin Kempe in der Ausgabe 11/2014 der Magazins Mitbestimmung der Hans-Böckler-Stiftung. Andere gewerkschaftliche und außergewerkschaftliche Kampagnen, etwa zum gesetzlichen Mindestlohn oder zum Datenschutz am Arbeitsplatz, hätten damit eine durch Fakten und Erfahrungen gestützte Plausibilität erhalten. Die Bedeutung des »Schwarzbuchs Lidl« und des »Schwarzbuchs Lidl Europa« liege deshalb nicht nur in der Aufklärung über die mit dem Discountmodell einhergehenden Arbeitsbedingungen: Erstmals nach Jahren marktliberaler Dominanz wurde der anwachsende Sektor prekärer Arbeit in Deutschland und anderswo zu einem breiten, allgemein wahrgenommenen Medienthema.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge nur per E-Mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Titelfoto Dezember-blz 2014

Das Titelbild der Dezemberausgabe zeigt zwei junge Frauen am PC. Da sich die Zeitschrift mit Schule beschäftigt, nehme ich an, dass es Schülerinnen sein sollen. In meiner Schule sind aber Kaffeetassen am Computer verboten, ich denke, das ist an anderen Schulen nicht anders. *Uschi Bischoff*

Titelfoto Dezember-blz 2014

Vielen Dank für die Dezember-blz! Leider ist die Titelseite misslungen. Zu sehen sind zwei Schülerinnen vor einem PC. Die vordere schaut gelangweilt auf den Monitor, während die andere aus einer Tasse trinkt. So sieht berufliche Bildung in Berlin nicht aus. Für die Ausgabe 2015 zur beruflichen Bildung kann ich Fotos mit hochmotivierten Auszubildenden aus verschiedensten Berufsfeldern anbieten, die das gute Niveau der beruflichen Bildung in Berlin auch optisch transportieren. *Hartmut Hannemann*

ÜBRIGENS

Diskutiert haben wir in der letzten Redaktionssitzung nicht nur über einen Artikel: Da gibt es die einen, die jeden Artikel nehmen wollen, egal, ob gut oder schlecht geschrieben, und die anderen, die deutlich kritischer auf Stil und Inhalte achten, aber manchmal vielleicht zu schnell ablehnen. Deutlich wurde, dass in der Redaktion immer wieder Kompromisse gemacht werden müssen.

Wir bitten um Entschuldigung. In der Januar-blz wurde als Autor für den Artikel »Schulschiff auf Schlingerkurs« versehentlich Hans-Jürgen Heusel angegeben. Der Artikel wurde aber von Sybille Recke zusammen mit den Fachgruppen Grund- und Sonderschulen geschrieben. *CMdR*

• ***Titel April/Mai**: »Investition in Inklusion – bleibt's eine Illusion«. Redaktionsschluss: **27. Februar**.* • ***Titel Juni**: »Gute Bildung den ganzen Tag: Bessere Arbeitsbedingungen für ErzieherInnen«. Redaktionsschluss: **30. April**.*

In Duisburg-Rheinhausen leben viele Roma-Familien in teilweise ärmlichen Verhältnissen. Die Kinder gehen auf unterschiedliche Schulen und werden dort gut betreut. Zusammen mit dem KOM'MA-Theater haben engagierte Lehrkräfte und andere Bürger aus dem Stadtteil wochenlang mit den Kindern und Jugendlichen für anspruchsvolle Auftritte geübt.

FOTO: BERT BUTZKE

JUNGE GEFLÜCHTETE IN BERLIN – SO HEISSEN WIR SIE WILLKOMMEN

Wöchentlich, fast täglich berichten die Nachrichten von Menschen, die unter widrigen Umständen zu uns nach Deutschland und Berlin kommen. Die Gründe für ihre Flucht sind vielfältig. Oft fliehen sie vor brutaler Gewalt, wie aktuell aus Syrien. Einem Krieg, an dem auch westliche Staaten und Konzerne prächtig mitverdienen. Manche aus bitterer Armut, die sie aus eigener Kraft in ihrem Heimatland nicht überwinden können. Verächtlich werden sie von manchen als »WirtschaftsGeflüchtete« bezeichnet. Deutschland, ein Land, das nach Schweden, die meisten Geflüchteten pro EinwohnerIn innerhalb der EU aufnimmt, tut sich schwer. Kaum wird eine Unterkunft für diese Menschen geplant und eilig aus dem Boden gestampft, melden sich »besorgte Bürger« und fürchten um ihre Sicherheit oder um den Wert ihrer Immobilie. So geschehen in Hellersdorf und Zehlendorf. Aber positive Beispiele wie aus Britz zeigen, dass im Dialog mit den AnwohnerInnen viele Ängste genommen werden können. Doch kaum sind die ersten Familien in die Unterkünfte eingezogen, schwindet das Medieninteresse. Wir wollen in dieser Ausgabe beleuchten, was eigentlich mit den geflüchteten Kindern und Jugendlichen passiert, wenn sie bereits eine Weile hier sind. Wir berichten von einem konkreten Projekt einer Schule, die sich im Umfeld eines Heims engagiert und lassen auch die Geflüchteten selbst zu Wort kommen. Die Vorsitzende der GEW BERLIN, Sigrid Baumgardt, stellt konkrete bildungspolitische Forderungen auf.

Mehr Stunden für gezielte Förderung

In den Medien wird viel über neue Unterkünfte für in Berlin ankommende Geflüchtete debattiert. Wir beleuchten die Situation der jungen, schulpflichtigen Menschen, die bei uns ankommen

von Sigrid Baumgardt, Vorsitzende der GEW BERLIN

Jede Medaille hat zwei Seiten und je nachdem, von welcher Seite du schaust, siehst du etwas anderes. So ist es auch bei der Betrachtung der Situation der Geflüchteten in Berlin. Schnell ist das alte Vokabular hervorgekramt von der Welle, den Strömen, den Fluten, die sich über unsere Gesellschaft ergießen. Angst wird geschürt. In der ersten Reihe steht Pegida. Schon die Abkürzung ist euphemistisch. Die Langform »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« deutet an, welcher Geist und welche Ideologien in dieser Bewegung herrschen. Selbst die Kanzlerin hat sich in ihrer Neujahrsansprache gegen diese Bewegung ausgesprochen. Und dennoch: Die Ängste müssen ernst genommen, aber auch durch Zahlen, Daten, Fakten in die richtige Relation gesetzt werden. Deswegen an dieser Stelle einige wenige Zahlen.

Jordanien hat vier Millionen EinwohnerInnen, und eine Million Geflüchtete. Die Türkei hat ebenfalls bislang schon weit über einer Millionen Geflüchtete aufgenommen. Weltweit sind etwa 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie haben sehr unterschiedliche religiöse Wurzeln, die teils Grundlage ihrer Verfolgung sind. Die meisten Geflüchtete kommen aus Syrien, Afghanistan, Somalia, Eritrea, Irak und dem Westbalkan. Das heißt, viele Länder sind stark herausgefordert. In Deutschland haben im Jahr 2014 etwa 160.000 Menschen Asyl beantragt, zu Zeiten des Balkankrieges Ende der 1990er Jahre waren es dreimal so viele. Und auch andere Länder wollen für diese Menschen menschenwürdige Bedingungen schaffen, das Menschenrecht auf Bildung umsetzen. Die türkische Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen berichtete neulich auf einer GEW-Tagung, unter welch widrigen Umständen sie versucht, in den riesigen Flüchtlingslagern einen Schulalltag für die Kinder zu realisieren.

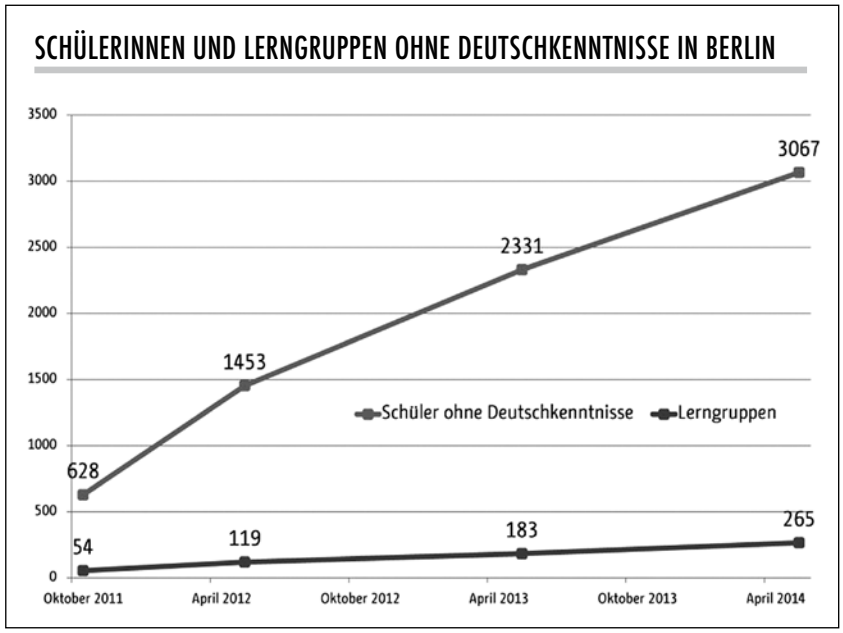
Wie junge Geflüchtete lernen müssen

Ganz in diesem Sinne müssen wir streiten für die Geflüchteten und die Rahmen- und Arbeitsbedingungen derer, die sie unterrichten. Und genau an dieser Stelle sollte der Berliner Senat konsequent mit der Erkenntnis umgehen, dass sowohl der Spracherwerb der Geflüchteten als auch deren Integration eine zusätzliche Aufgabe insbesondere auch in den Schulen ist.

Ein Beispiel: Den Klassen in der Schulanfangsphase stehen vier Stunden für die Förderung zu. Das ist die pauschale Zuweisung für jede Klasse, unabhängig von besonderen Herausforderungen. Kommen jetzt ein oder zwei Kinder ohne Deutschkenntnisse hinzu, geht das eventuell gerade noch auf. Sind es aber mehr, und die SchulstarterInnen sind ohnehin schon eine große Herausforderung in einigen Schulen im innerstädtischen Bereich, benötigt die Lerngruppe mehr Stunden zur gezielten Förderung für Spracherwerb und Integration dieser Kinder. Schwierig ist oft schon die Ausgangslage. Die Kinder aus geflüchteten Familien finden in den Gruppen häufig keine MitschülerInnen, die ihre Muttersprache verstehen und somit SprachmittlerInnen sein könnten. Aufseiten der PädagogInnen ist noch weniger Mehrsprachigkeit zu entdecken – das ganz ohne Vorwurf.

Und: Kinder, Jugendliche und Heranwachsende brauchen nicht nur wegen des Spracherwerbs die Bindung und den Kontakt zu deutschsprachigen Menschen. Sie müssen darüber hinaus Alltag, Kultur und Gesellschaft kennenlernen. Erst das verbin-

FOTO: KAY HERSCHELMANN



INFOGRAFIK: SENATSBILDUNGSVERWALTUNG BERLIN

det und macht das Erlernen der deutschen Sprache als Schlüssel für Bildung möglich – spielend, sich ausprobierend, im Kontakt.

Deswegen brauchen die jungen Menschen eine gute Anbindung an die jeweiligen Bildungseinrichtungen mindestens genauso dringend wie die PädagogInnen selbst. Werden die Kinder und Jugendlichen in ihren Heimen und Unterkünften unterrichtet, kommt dies einer Ghettosituation nahe. Sie verlassen die Einrichtung nicht, bleiben immer vor Ort, lernen weder ihre Umgebung noch die Menschen kennen. Sie können sich so weder sozial verorten und einfinden, noch erfahren sie, wo sie leben, was ihre Umgebung ausmacht. Sie lernen die Menschen nicht kennen. Das ist ganz sicher kein gelungener Ansatz von Integration. Hinzu kommt, dass sie auch nicht die Rituale eines Schulalltags einüben können. Sie müssen in den häufig beengten Verhältnissen leben, arbeiten, schlafen, spielen. Die allermeisten haben aus Not ihr Land verlassen und landen hier im Ghetto.

Wir wissen, dass Jugendliche schon bei einem Aufenthalt in der Unterkunft für Geflüchtete von über vier Wochen eine Distanz zum Schulbesuch aufbauen. Oft leben sie aber sogar noch in den Heimen. Bleibt die Frage: Was ist erst mit denen, die die deutsche Sprache in ihrer Einrichtung relativ schnell erlernen und dann in die Regelschule integriert werden sollen? Ein harscher Schnitt, der den jungen Menschen eine Menge Courage abfordert und häufig Angst macht. Deswegen ist die GEW BERLIN gegen die Einrichten von Lerngruppen für Geflüchtete in ihren Unterkünften.

Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen

Es ist richtig und das wird nicht verkannt: Berlin steht vor allem in den innerstädtischen Bezirken vor großen Herausforderungen. Dort, wo Schulraum ohnehin schon knapp ist, kommen besonders viele Geflüchtete an. Zum Beispiel im Bezirk Mitte. Das ist eine Region, in deren Schulen die Grundschulklassen trotz vieler Kinder aus armen Familien überdurchschnittlich groß sind, weil Räume fehlen. Hier muss auf der politischen Ebene über Lösungen nachgedacht und den Bezirke geholfen werden. Es ist sicher eine Fehleinschätzung zu glauben, dass wir es hier mit einer maximal mittelfristigen Herausforderung zu tun haben. Diesen Fehler hat es vor gut 50 Jahren schon einmal gegeben. Damals hat man geglaubt, dass die GastarbeiterInnen wieder weggehen würden. Sie blieben und haben ihre Familien nachgeholt. Das hat dazu geführt, dass Deutschland Einwanderungsland geworden ist. Es ist voraussehbar, dass auch viele Geflüchtete bleiben werden. Deswegen ist es umso wichtiger, dass sie von vornherein eine Chance bekommen. Das ist der klare Auftrag in Richtung Politik und Gesellschaft.

Duisburg-Rheinhausen: In der aktuellen Diskussion um Geflüchtete und ihre Aufnahme in Deutschland werden die Roma-Familien aus Bulgarien und Rumänien, die in den letzten zwei Jahren in deutsche Großstädte zogen, ganz schnell nur eine »Randnotiz«. Diese Familien mussten nicht über gefährliche Routen nach Deutschland kommen, Geld an Schlepper zahlen und Asylanträge stellen. Die Erwachsenen können sich selbstständig machen und um Arbeit bewerben. Für die Kinder der Roma-Familien stellt sich die Situation aber ähnlich dar, wie für Kinder aus Syrien oder dem Irak, abgesehen davon, dass ihnen Kriegstraumata erspart blieben. Sie haben die vertraute Umgebung verloren, sie müssen eine neue Sprache lernen, fühlen sich unter Umständen nicht willkommen oder auch angegriffen. FOTO: BERT BUTZKE

Der Krieg hat mir ein ganzes Jahr gestohlen

Ein Schülerin aus der Britzer Flüchtlingsunterkunft über ihr (Schul)Leben in Berlin

Das Gespräch führte Jürgen Schulte, Britzer Flüchtlingshilfe

Magida, du bist in Syrien geboren und hast mit deiner Mutter und zwei Geschwistern vor knapp einem Jahr das Land verlassen. Seit Dezember 2013 wohnst du in Deutschland, in Berlin.
MAGIDA: Ja, wir haben in Damaskus gelebt. Dort bin ich auch neun Jahre zur Schule gegangen. Mein Vater und zwei Geschwister leben noch in Syrien, weil wir nicht alle zusammen fliehen konnten.

Wir wollen nicht über eure Flucht sprechen, sondern über deine Erfahrung als Schülerin. Gegen den Willen deiner Lehrerin hast du dich um einen Wechsel aus einer Willkommensklasse in eine Regelklasse bemüht. Kannst du etwas über deine Beweggründe erzählen?
MAGIDA: Ich habe in Syrien die 9. Klasse besucht und meine Lehrer haben mir alle gesagt, dass ich eine gute Schülerin bin. Der Krieg hat mir ein ganzes Jahr gestohlen. Ich will nicht noch mehr Zeit verlieren. In der Willkommensklasse wird fast nur Deutsch gelernt. Natürlich muss ich gut Deutsch sprechen, aber ich verliere in den anderen Fächern den Anschluss und es wird immer schwerer, in eine Regelklasse zu wechseln. Außerdem habe ich nach einem halben Jahr gemerkt, dass ich auch mit meinen Deutschkenntnissen nicht weiterkomme.

Woran liegt es deiner Meinung nach, dass du kaum noch Fortschritte gemacht hast?
MAGIDA: Es kommen immer neue Schüler in die Klasse. Die können nur sehr wenig Deutsch. Und auch in anderen Fächern wissen sie nur wenig. Sie haben oft keine oder nur eine kurze Zeit eine Schule besucht. Die Lehrerin muss sich um sie kümmern, aber für mich hat sie dann nur wenig Zeit. Sie war sehr nett, aber sie kann natürlich nicht gleichzeitig für alle da sein.

Hast du denn keinen Kontakt zu den deutschen SchülerInnen in der Schule gehabt?
MAGIDA: Nein, ich kenne außer meinen Mitschülern in der Willkommensklasse keine SchülerInnen. Die Schule liegt in Steglitz und ich musste jeden Tag von Neukölln dorthin fahren. Nach der Schule musste ich schnell zurück. Wenn meine Mutter zum Sozialamt oder zur Ausländerbehörde geht, muss ich sie begleiten.

Wieso hast du denn keine Willkommensklasse in Neukölln besucht?
MAGIDA: Unsere erste Unterkunft war in Steglitz. Danach sind wir dann nach Neukölln in die Haarlemer Straße umgezogen. Die Schule wollte ich aber nicht wechseln, weil ich mich dort wohlgefühlt habe.

Ist denn die Unterbringung in Neukölln besser?
MAGIDA: Wir sind nicht unzufrieden. Aber wir haben zu viert nur einen Raum. Ich kann nicht konzentriert lernen. In Syrien hatte jedes Familienmitglied einen eigenen Raum. Wir haben dort gut gelebt, bis der Krieg unser Leben zerstört hat.

Kommen wir noch einmal zur Willkommensklasse zurück. Gibt es noch andere Hindernisse, die dein Lernen in der Klasse behindert haben?
MAGIDA: Um die deutsche Sprache gut sprechen zu können, muss ich hören, wie die Deutschen sprechen.

Hast du denn in den Pausen keinen Kontakt mit den deutschen MitschülerInnen?
MAGIDA: Nein. Die Willkommensklasse war nicht in dem Schulgebäude untergebracht. Wir wurden in einem Gebäude drei Straßen weiter unterrichtet. Ich will aber lernen, das Abitur schaffen und später auch studieren. Dazu brauche ich gute Deutschkenntnisse und Kenntnisse in den anderen Fächern.

Nach den Herbstferien hast du die Schule gewechselt und besuchst seitdem eine 9. Klasse der Fritz-Karsen-Schule in Britz. Das war doch sicherlich ein großer Sprung?
MAGIDA: Ja. Am Anfang hatte ich große Angst, weil ich nicht wusste, ob ich das schaffe. Aber viele haben mir geholfen und helfen mir auch weiterhin. Die Lehrer sind sehr freundlich und hilfsbereit. Meine Mitschüler sind alle sehr nett und ich habe auch schon richtige Freundinnen unter ihnen.
In Deutsch habe ich natürlich Schwierigkeiten. In anderen Fächern, zum Beispiel in Biologie, kenne ich viele Fachbegriffe nicht. Der Unterricht in Syrien war da ganz anders. Es ist schwer, aber in einem halben Jahr wird es sicherlich leichter werden, wenn ich besser Deutsch spreche.

Dann drücke ich dir die Daumen und wünsche dir nur das Allerbeste.
MAGIDA: Danke. Und Dank an alle, die mir geholfen haben und die mir helfen. In der neuen Schule bin ich sehr glücklich. ■

FOTO: KAY HERSCHELMANN

Das Gespräch wurde aufgezeichnet und gemeinsam sprachlich in die vorliegende Form gebracht. Von der blz-Redaktion gekürzt.

Bündeln oder verteilen?

Sprachlernklassen für neu zugewanderte SchülerInnen in Steglitz-Zehlendorf

von Maria Greckl in Zusammenarbeit mit dem DaZ-Team der 10. ISS

FOTO: PRIVAT

Die Geschichte der Klassen für die neu nach Steglitz-Zehlendorf zugewanderte SchülerInnenschaft reicht bis in das Schuljahr 1981/82 zurück. Heute sind neun von derzeit zwölf Sprachlernklassen im Bezirk im Gebäude der ehemaligen Schmidt-Ott-Schule in der Plantagenstraße untergebracht. Verwaltungstechnisch gehören sie zur 10. ISS. Unsere Schule spiegelte schon immer die Zuwanderungsgeschichte Berlins wieder. Neben Kindern von Arbeits- und HeiratsmigrantInnen, Kindern aus Familien von GastarbeiterInnen und AussiedlerInnen haben auch minderjährige unbegleitete Geflüchtete sowie eine kleine Anzahl von Jugendlichen aus Botschaftsfamilien die Sprachlernklassen besucht. Die sehr heterogene SchülerInnenschaft setzt sich aus AnalphabetInnen, Jugendlichen mit geringer Schulerfahrung, altersgemäß Beschulten und schnell lernenden, künftigen GymnasiastInnen zusammen. Aus der Befürchtung heraus, dass unser Standort in der Plantagenstraße 8-9 zu groß werden würde, richtete die regionale Schulaufsicht Steglitz-Zehlendorf weitere Standorte im Bezirk für Sprachlernklassen ein.

Heterogene Lerngruppenstruktur

Da wir bis zum 6. Oktober 2014 der einzige Standort für eine anwachsende Zahl von Sprachlernklassen waren, sahen wir uns veranlasst, ein differenziertes Angebot an Lerngruppen entwickeln. Derzeit gestaltet sich die Struktur von neun Lerngruppen folgendermaßen:

- Eine Alphabetisierungsgruppe (unter ihnen sehr viele unbegleitete junge Geflüchtete)
- Zwei Gruppen für junge unbegleitete Geflüchtete mit schulischen Vorkenntnissen
- Zwei Gruppen für SchülerInnen auf Niveaustufe A1 gemäß dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen
- Eine Gruppe für SchülerInnen auf Niveaustufe A 2
- Zwei Gruppen für SchülerInnen auf Niveaustufe B1
- Ein zusätzlicher Vorbereitungskurs für SchülerInnen, die bald in Regelklassen übertreten (Ein zweistündiger Kurs für ehemalige SchülerInnen, die jetzt Regelklassen besuchen, kann in diesem Schuljahr mangels Unterrichtsstunden nicht mehr angeboten werden.)

Wichtigstes Ziel unserer künftigen Zusammenarbeit mit den Lehrkräften an neu eingerichteten Standorten ist die Aufrechterhaltung dieser Lerngruppenstruktur. Sie ermöglicht es, neu ankommende SchülerInnen nach einer mündlichen oder auch schriftlichen Sprachstandsdiagnose in eine geeignete Lerngruppe einzuschulen. SchülerInnen, die schneller als ihre Lerngruppe lernen, können mühelos in eine höhere Niveaustufe aufsteigen. Der Übergang gelingt reibungslos, denn die SchülerInnen können stets Kontakt zu ehemaligen KlassenkameradInnen und Lehrkräften halten. Der Lerngruppenwechsel ist auch eine erste Vorbereitung auf den späteren Übergang in eine Regelklasse.

Die unbegleiteten, oft psychisch belasteten minderjährigen Geflüchteten können an unserem Standort psychologisch und sozial gut aufgefangen werden. Denn es ist leicht, MitschülerInnen, die ihre Sprache sprechen, oder Landsleute zu finden. Wir Lehrkräfte können selbst in einer Reihe von Fremdsprachen kommunizieren. Manche der jungen Geflüchteten kommen ohne schulische Vorkenntnisse, viele haben seit Jahren keine Schule besucht. Durch unser spezifisches Angebot kann jede SchülerIn vom ersten Tag an gezielt mit dem Erlernen der deutschen Sprache beginnen. Die Fluktuation unter diesen SchülerInnen ist besonders hoch, da sie nach einer zwei- bis dreimonatigen Clearingphase umziehen und damit auch unsere Schule verlassen müssen. Neue SchülerInnen rücken nach.

Wir Lehrkräfte können trotzdem durch den täglichen spontanen und gezielten fachlich-pädagogischen Austausch auf den zweiwöchentlichen Teamsitzungen die Lernentwicklung unserer SchülerInnen laufend im Blick behalten. Durch das Angebot verschiedener durchlässiger Lerngruppen gelingt es vielen SchülerInnen, nach einem Jahr die Niveaustufe B 1 zu erreichen und im Anschluss mit einer guten Prognose in eine Regelklasse zu wechseln.

Positives Fazit nach dreijähriger Aufbauarbeit

Die enge Zusammenarbeit von elf KollegInnen mit vielfältiger pädagogischer und zum Teil langjähriger DaZ- und DaF-Lehrerfahrung im In- und Ausland hat ein hohes Maß an fachlicher und interkultureller Kompetenzentwicklung erbracht. Die Fremdsprachenkompetenz des Kollegiums trägt zu gelingender Elternarbeit bei. Der Bericht der Schulinspektion (2013) hat den Erfolg unserer Arbeit ausdrücklich

hervorgehoben. Wir beteiligen uns an der zweiten Runde des Pilotprojektes Deutsches Sprachdiplom (DSD) in Berlin und bringen dort unsere Erfahrungen ein. Wir wurden in diesem Kontext als eine von fünf Berliner Schulen (Sek I) in den bundesweiten Verbund BISS (Bildung durch Sprache und Schrift) aufgenommen. Darüber hinaus entstanden an unserem Standort Fortbildungskompetenz für Berliner LehrerInnen sowie Hospitationsangebote für neue Lehrkräfte an anderen Standorten.

An einem Standort mit mehreren Sprachlernklassen sind außerschulische und außerunterrichtliche Angebote leichter zu realisieren. Die hohe Anzahl von SchülerInnen garantiert genügend Auswahl für das Gelingen von Projekten. Die Vielzahl der Kooperationen unseres Standortes bestätigt das.

Nachteile eines ausgelagerten Standortes

Neben den genannten Vorteilen eines separaten Standortes mit einer hohen Klassenanzahl sind auch Nachteile zu erwähnen. Die SchülerInnen unseres Standortes treffen nicht auf die SchülerInnenschaft aus den Regelklassen. Sie bleiben für die Zeit des Spracherwerbs fast immer unter sich. Allerdings ist nach dem Ankommen für viele SchülerInnen der geschützte Raum in den Sprachlernklassen sehr wichtig. Die Neugier auf die SchülerInnen und den Unterricht in Regelklassen wächst in der letzten Phase jedoch deutlich.

Auch der kollegiale Austausch in puncto sprachsensibler Fachunterricht und SchülerInnen, die in Regelklassen übergegangen sind, findet kaum statt. Die Gestaltung eines stufenweisen Überganges von neu zugewanderten SchülerInnen in Regelklassen kann besser gelingen, wenn die Sprachlernklassen in Regelschulen eingegliedert sind. Eine Sensibilisierung der in Regelklassen unterrichtenden KollegInnen müsste dennoch bewusst gestaltet und nicht nur dem Zufall überlassen werden.

Derzeit findet durch die regionale Schulaufsicht eine hektische Einrichtung von zusätzlichen Sprachlernklassen an weiteren Standorten statt. Vorrang hat die Unterbringung der neu zugewanderten SchülerInnen. Dem Erhalt der bisher entwickelten Unterrichts- und Schulqualität scheint man keine Bedeutung zuzumessen. Unsere Befürchtung ist, dass, wenn die Lerngruppen auf weit voneinander entfernte Schulstandorte verteilt sind – und das ist die Planung des Bezirks – , die bisher entwickelte Lerngruppenstruktur, die dem schulischen Fortkommen der SchülerInnen erwiesenermaßen sehr entgegenkommt, nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. ■

PRAKTISCHE HILFE FÜR GEFLÜCHTETE VON DER JUNGEN GEW BERLIN

Ende September 2014 besetzten einige Geflüchtete das DGB-Haus in Berlin, am 5. Oktober wurden sie polizeilich geräumt. Schnell empörten sich viele KollegInnen, auch von der GEW BERLIN, dass dies nicht in ihrem Namen geschehen ist.
Jetzt dauert es bis die verschiedenen Beschlüsse und Anträge überprüft sind und konkret entschieden werden kann, was die Gewerkschaften tun können, um zu unterstützen. Deutlich schneller geht es da, sich als Einzelperson zu engagieren. Wir möchten einige exemplarische Möglichkeiten aufzeigen. Weitere Ideen findet ihr in den Broschüren: »Was tun, damit's nicht brennt« von der MBR Berlin (mobile Beratung gegen Rechtsextremismus) und »Gemeinsam Willkommenskultur gestalten« von Pro Asyl, die beide online leicht auffindbar sind.

Wer?	Was?	Wo?
»Refugee Struggle for Freedom« (Gruppe bundesweit Geflüchteter)	veröffentlichen regelmäßig zuverlässige Informationen über Bedürfnisse der Geflüchteten	www.refugeestruggle.org
Berliner Refugees (rund um die Gruppe vom Oranienplatz)	s.o.	www.oplatz.net
Liste für Rundmails (einfach anschreiben und um Aufnahme in den Verteiler bitten)	suchen per Rundmails nach ÜbersetzerInnen und DolmetscherInnen für die Arbeit mit Presse, Politik und Polizei	translations@riseup.net
Nachbarschaftsinitiativen »Moabit hilft!« und Kontakt- und Beratungsstelle für Geflüchtete und MigrantInnen e. V. in Kreuzberg	organisieren das Zusammenkommen der Menschen in den Kiezen und suchen UnterstützerInnen für Sachspenden, Deutschkurse, Begleitung auf Ämter, Kinderbetreuung, Kiezfeste und so weiter.	www.moabit-hilft.com www.kub-berlin.org
Netzwerk »Deutschkurse für Alle!«	bieten kostenlose Deutschkurse für Geflüchtete, suchen nach Lehrkräften oder TandempartnerInnen	www.netzwerk-deutschkurse-fuer-alle.de
XENION (psychotherapeutisches Beratungs- und Behandlungszentrum für traumatisierte Geflüchtete) Mentoring-Projekt »Brücken statt Mauern«	suchen Ehrenamtliche, die für drei bis vier Stunden pro Woche mindestens ein Jahr lang (professionell von XENION begleitet) Geflüchteten beim »Ankommen« helfen, z.B. beim Deutschlernen, als Begleitung in einer Behörde, bei Schulfragen, verschiedensten alltäglichen Fragen und so weiter.	www.xenion.org/de/angebote/mentorenprojekt
»Refugees Café« für UnterstützerInnen und Geflüchtete, immer dienstags und donnerstags	einfach hingehen und nachfragen	15-17 Uhr »Eiertanz«, Admiralstraße 17 (Kreuzberg)

Hürdenlauf

Bürokratie macht Geflüchteten das Leben schwer

von Niels Espenhorst, Projektreferent beim Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.

FOTO: PRIVAT

Minderjährige Geflüchtete, die sich in Deutschland dauerhaft aufhalten oder dies beabsichtigen, unterliegen in der Regel der Schulpflicht. Zudem gilt für sie das Kinder- und Jugendhilferecht uneingeschränkt und damit müssen sie Hilfen und Leistungen erhalten, die notwendig sind, um Benachteiligungen abzubauen. Zudem ist der Zugang zu Bildung ein universales Menschenrecht, das nicht nur, aber insbesondere durch die UN-Kinderrechtskonvention garantiert wird. Es ist rechtlich und ethisch weitgehend unbestritten, dass minderjährige Geflüchtete regulär Schulbildung erhalten und angemessen gefördert werden.

Aber warum haben wir dann trotzdem diese Probleme? Warum gibt es kaum Kita-Plätze für geflohene Kinder? Warum werden so wenige Geflüchtete in die Regelschulen integriert? Warum gibt es kaum SchulsozialarbeiterInnen und Nachhilfekurse für die Älteren? Warum wird Deutschland seit Jahren von den Vereinten Nationen für die massiven Diskriminierungen im Bildungswesen kritisiert?

Vielleicht, weil es zu viele Menschen gibt, die denken, dass es nicht ihr Problem ist. Weil trotz (oder vielleicht gerade wegen) steigender Geflüchtetenzahlen die Einbeziehung dieser Menschen kein Mainstream-Thema ist. Weil in den Schulen das Thema zwar im Unterricht behandelt, aber nicht in den Alltag integriert wird. Weil es keine entsprechenden Fördertöpfe gibt, die notwendig wären, um das Recht auf Bildung umfassend umzusetzen. Bitte nicht falsch verstehen: Es gibt unzählige engagierte Menschen, die diese Probleme sehen und viel dafür tun, diese Defizite zu verkleinern. Im Einzelnen kann dies auch sehr hilfreich sein. Es kaschiert aber lediglich das strukturelle Problem.

Es fehlen Schulplätze für Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse, obwohl die Zahl der geflüchteten Kinder weiter zunimmt.

Es fehlen Schulplätze für Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse, obwohl die Zahl der geflüchteten Kinder weiter zunimmt. Dies führt zu unrechtmäßigen Verzögerungen der Aufnahme in die Schule oder der gänzlichen Vorenthaltung des Rechts auf Bildung. Laut Leitfaden zur schulischen Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen, herausgegeben von der Senatsverwaltung, haben die Schulverwaltungen in den Bezirken großen Spielraum bei der Einrichtung von Kleinklassen und der Schulplatzvergabe. Leider wird dieser Spielraum aufgrund der unübersichtlichen Verfahrensstruktur kaum genutzt.

Der Leitfaden sieht für Schulanmeldungen vor, dass die Eltern Personalpapiere, Geburtsurkunde und Zeugnisse des Kindes vorlegen müssen. Dies führt dazu, dass Berliner Schulen dies mitunter wörtlich nehmen und sich weigern, nichtdeutsche Kinder ohne solche Dokumente aufzunehmen. Geflüchtete verfügen jedoch häufig nicht über Zeugnisse und Geburtsurkunden. Von asylsuchenden und anerkannten Geflüchteten darf die Beschaffung von Dokumenten aus dem potentiellem Verfolgerstaat laut Genfer Konvention nicht verlangt werden.

Die Schulgesundheitsuntersuchung wird von manchen Bezirksämtern auf alle Klassenstufen ausgeweitet und dazu genutzt, den Schulbesuch der Kinder Asylsuchender zu verhindern oder zu verzögern. Es gibt Probleme bei der Terminvergabe, die Weigerung der Bezirksämter DolmetscherInnen zu stellen und die Stornierung vereinbarter Termine. Die Aufnahme an einer Schule sollte nicht abhängig gemacht werden von einer vorherigen Schulgesundheitsuntersuchung.

Erschwert wird die schulische Integration von neu ankommenden geflüchteten Kindern durch den häufigen Wohnortswechsel: Nach einem dreimonatigen Aufenthalt in einer Aufnahmeeinrichtung erfolgt meist der Umzug in ein Folgewohnheim, oftmals in einen anderen Bezirk. Es steht ein weiterer Umzug an, falls die Familie eine Mietwohnung findet. Die Kinder müssen erneut beim Schulamt angemeldet werden, es muss erneut ein Schulplatz gefunden werden. Die Schulplatzplanung und -vergabe sollte zentral und frühzeitig durch die Senatsbildungsverwaltung geregelt werden und sich an den Bedürfnissen der Kinder orientieren. Diese oben beschriebenen Probleme und Empfehlungen beziehen sich auf Angaben des Berliner Flüchtlingsrates.

Für die ankommenden Kinder und Jugendlichen ist die Schule ein zentraler Orientierungspunkt. Der Unterricht bringt Struktur in den Alltag, für viele ist es auch ein Anknüpfungspunkt an ihr Leben vor der Flucht. Es bietet nicht nur Gelegenheit

Duisburg-Rheinhausen: Silvana Lascu lernt mit Lidia. Silvana ist als Familienhelferin für das kommunale Integrationszentrum tätig: »Das größte Problem der Familien ist die Armut. Die meisten leben nur vom Kindergeld, sie haben keine Krankenversicherung und wenn sie sich um Arbeitsstellen bewerben, haben sie kaum eine Chance.« FOTO: BERT BUTZKE

neue Freundschaften zu knüpfen, viele sehen in ihren LehrerInnen auch BeraterInnen in Lebensfragen, denn gerade die Kinder, die in großen Flüchtlingslagern leben, haben kaum Gelegenheit erwachsene Einheimische jenseits von Ämtern kennenzulernen. Für sie ist es enorm wichtig, Vertrauenspersonen zu gewinnen, auch wenn dies oft viel Zeit braucht. In Deutschland anzukommen und die Sprache nicht zu verstehen, Schilder nicht lesen zu können, nicht nachfragen zu können, kann insbesondere für Kinder sehr verstörend sein. Für sie ist das schnelle Lernen der neuen Sprache eine Überlebensstrategie.

Für die ankommenden Kinder und Jugendlichen ist die Schule auch eine Last. Einige von ihnen sind mit dem Bildungssystem nicht vertraut und verstehen nicht, wofür Bildung gut sein soll. Insbesondere ältere Jugendliche wollen lieber direkt arbeiten, um Geld zu verdienen. Nicht selten müssen sie auch Geld verdienen, um die immensen Kosten der Flucht zu bezahlen. Bei unbegleiteten Minderjährigen, die oftmals in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht sind, ist bekannt, dass viele von ihnen unter den Folgen der Flucht nicht nur psychisch, sondern auch physisch leiden. Viele klagen über Kopfschmerzen, Konzentrationsprobleme, Schlaflosigkeit, Angespanntheit und andere Beschwerden. Es werden nicht nur die Hausaufgaben vergessen, sondern mitunter das gesamte Schulmaterial. Dies wird im schlechtesten Fall sanktioniert, im besten Fall werden beide Augen zugedrückt. Aber eigentlich wird beides nicht den Bedürfnissen des Jugendlichen gerecht.

Hinzukommt, dass die Politik in den letzten Jahren dazu übergegangen ist, den Verbleib in Deutschland vom Integrationserfolg abhängig zu machen. Dies erhöht den Druck auf die Minderjährigen, in der Schule erfolgreich zu sein. Schon jetzt ist es so, dass kaum Menschen abgeschoben werden, die als Minderjährige nach Deutschland kamen und hier erfolgreich in der Schule waren. Das scheint zwar auf den ersten Blick eine gute Lösung für beide Seiten zu sein, trifft aber nicht die Lebenssituation der Jugendlichen. Denn auf diese wird der Druck erhöht und viele sind entweder nicht willens oder nicht in der Lage, den vorgeschriebenen Weg erfolgreich bis zum Ende zu gehen. Integrationspolitik darf aber kein zynisches Survival of the Fittest werden.

Für alle Beteiligten heißt es, sich zu überlegen, wie die geflohenen Kinder und Jugendlichen gut und sinnvoll in das Schulsystem integriert werden können. Und da wir ja wissen, dass Integration keine Einbahnstraße ist, bedeutet es, dass wir uns verändern und die Strukturen den Bedürfnissen der Jugendlichen anpassen müssen. Und da wir alle wissen, wie wichtig Bildung ist, sollten wir das mit dem nötigen Ernst betreiben. ■

Hauptsache wir leben

Der Krieg in Syrien, die Flucht nach Deutschland und das Ankommen in der Berliner Schule. Syrische SchülerInnen der Carl-Zeiss-Oberschule erzählen ihre Geschichte

aufgezeichnet von Monika Braun, stellvertretende Schulleiterin

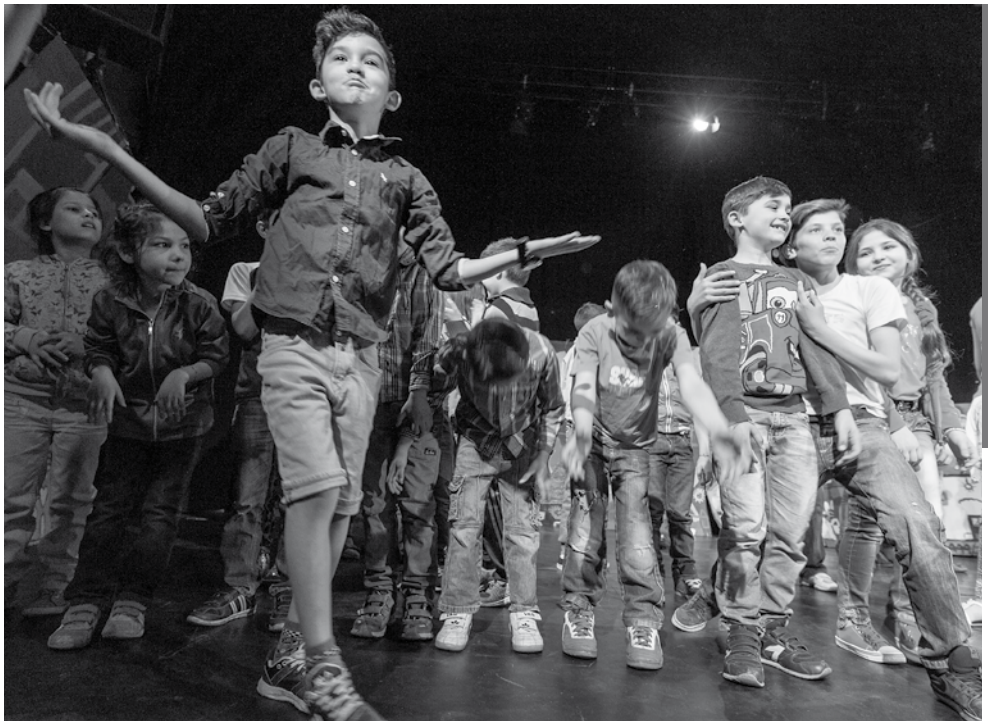
Wir, Bushra, Marah, Lana, Farah, Mariam, Macid, Youssef, Khaled, Feras und Odei kommen aus Syrien, wir sind Kriegsgeflüchtete. Die meisten von uns sind seit einigen Monaten in Berlin. Wir gehen hier in die Carl-Zeiss-Oberschule. Wir gehen in eine Klasse, in der wir vor allem Deutsch lernen, aber wir haben auch andere Fächer. Jedoch ist alles für uns Deutschunterricht. Wir fühlen uns sehr wohl in Berlin, wir freuen uns jeden Tag, wenn wir zur Schule gehen können. Hier ist alles frei und sicher. Und reich. Aber auch fremd. Es ist sehr anstrengend, den ganzen Tag über Deutsch zu lernen und zu sprechen. Wir sind oft richtig erschöpft und müde. Wir verstehen uns alle sehr gut, weil uns das gleiche Schicksal verbindet: Der schreckliche Krieg, die Flucht aus Syrien nach Deutschland. Wir haben uns gegenseitig unsere Geschichten erzählt, die wir nie vergessen werden. Die Flucht. Manche sind mit dem Boot übers Meer geflüchtet, andere mit dem Auto gefahren. Meist mit Schleppern für viel Geld. Jeder hat da seine Geschichte. Wir haben überlebt, das ist das Wichtigste. Aber jeder von uns hat Familienangehörige, die im syrischen Bürgerkrieg gestorben sind oder schwer verletzt wurden. Auch diese Trauer verbindet uns.

Mein Name ist Youseff (16). Ich komme aus Aleppo, einst unsere Kulturhauptstadt, auf die wir stolz waren. Das war einmal. Unser Haus, unsere Schule sind vollständig zerstört. Die Hauptstraßen sind nur noch Schuttplätze. Lernen und Schulalltag, den hatten wir nicht mehr. Was wir nur noch lernen konnten, war zu überleben. Statt Mathematik lernten wir Kinder zu zählen, wer noch übrig ist in der Familie oder von unseren Freunden. Statt Musik hörten wir den Lärm der Bomben und Granaten. Nach den Angriffen war meine Stadt, die einmal der schönste Ort war, nur noch mit Staub überzogen, überall Dreck, Trümmer und Tote. Für uns Kinder war das der Alltag. Jeden Tag denke ich daran, höre den Krieg, sehe die schrecklichen Bilder. Und ich rieche ihn dann auch. Viele von uns haben auf ihren Handys die grausamsten Bilder. Selbst fotografiert. Ich hoffe, wir schaffen es bald, sie zu löschen, dort und im Kopf.

Oft sehe ich die Bilder wieder vor mir. Seltsam ist, dass wir alle nie davon nachts träumen.Wir denken nur immerzu daran.

Ich heiße Macid (18). Meine Schwester Bushra (17) und ich kommen aus Damaskus. Mein schlimmstes Erlebnis war, als ich drei Tage lang gefangen war von der Polizei bei uns: Es war Ramadan 2013. Ich fuhr mit dem Auto. Plötzlich hielten mich Polizisten mit Gewehren auf mich gerichtet an, zogen mich aus dem Auto und brüllten mich an. Sie schleppten mich in ein Lager. Dort folterten sie mich drei Tage, sie schlugen mich. Sie übergossen mich mit Wasser, gaben mir Stromstöße. 400 Volt Strom durch meinen Körper gejagt. Hauptsächlich an den Brustwarzen angeschlossen bis ich bewusstlos wurde. Noch heute schmerzen meine Hände und Finger davon. Ich musste die ganze Zeit knien. Dann schlugen sie mich mit einer Eisenstange auf meinen Bauch. Ich hatte Schmerzen, wie ich sie nie zuvor ertragen musste. Sie schmissen mich in den Dreck und ließen mich liegen. Ich bin dann von anderen gerettet und zu meiner Familie gebracht worden. Daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich stand völlig unter Schock. Hörte nur das Weinen meiner Mutter. Ich weiß nur, dass ich überlebt habe, weil sie mich für tot hielten. Ich habe zwei Wochen gebraucht, um wieder laufen zu können. Mein Bauch ist seitdem von einer riesigen Narbe bedeckt, es schmerzt immer noch. Daher kann ich das wohl nie vergessen. Oft sehe ich die Bilder wieder vor mir. Seltsam ist, dass wir alle nie davon nachts träumen. Wir denken nur immerzu daran. Nach dem Erlebnis sind unsere Eltern mit uns geflüchtet. Wir versteckten uns bei wildfremden Menschen, die uns halfen. Das ist komisch an diesem Krieg: Er ist schrecklich, aber er bringt auch die Menschen zusammen. Immer wieder wurde uns geholfen. Einfach so. Sonst hätten wir nicht überlebt.

Meine Schwester Bushra ist zurzeit sehr unglücklich. Bushra war eine sehr gute Schülerin in Syrien. Auch hier lernt sie fleißig. Besser als ich. Aber ihr fehlt ein halbes Jahr Schule. Die Schule gab es einfach gar nicht mehr. Jetzt kann sie nicht in die 11. Klasse gehen. In Syrien wäre sie in der 12. Klasse. Sie möchte Abitur machen und Zahnärztin werden. Das schafft sie auch, ich bin mir da sicher. Mir tut



Duisburg-Rheinhausen: Ganz oft haben die Kinder aber eine Konstante: Die Schule, freundliche Lehrkräfte, MitschülerInnen, die auch zugewandert sind. Und: Sie dürfen und müssen die Schule besuchen. Die Schulpflicht ist das größte Kinderrecht! Hier eine weitere Szene aus der Theaterprobe am KOM'MA-Theater.

FOTO: BERT BUTZKE

es weh, meine Schwester so traurig zu sehen. Gerne würde ich sie wieder lachen sehen.

Ich heiße Odei (16). Ich kann es nicht vergessen. Überall wurde geschossen. Wenn nicht mehr auf Menschen geschossen wurde, haben sie einfach auf Haustiere geschossen, nur so, aus Vergnügen. Das hat es so schlimm gemacht. Wir hatten den Eindruck, als wenn diese Menschen alle Menschlichkeit verloren haben. Der Tod auf den Straßen wurde normal. Ich kann nicht vergessen, was ich gesehen habe. Die Bilder, die Schreie, das Blut, die abgetrennten Körperteile, die in den Straßen lagen. Die Angst wurde täglich schlimmer, manchmal waren wir nur noch müde, dann war uns alles egal. Wir sind dann geflohen. Über das Meer nach Italien. Ich denke immer daran. Selbst Freude schafft diese Bilder und Gedanken nicht weg. Meine Verwandten und Freunde sind noch in Syrien. Wir versuchen über Skype in Kontakt zu bleiben. Wenn es Strom gibt. Das ist das größte Problem. Strom und Wasser fehlen in Syrien überall.

Mein Name ist Lana (17). Ich komme aus der Stadt, in der 2011 der Bürgerkrieg begonnen hat, aus Daraa. Ein paar Kinder haben die Wände besprayt, mit politischen Parolen. Es waren Kindereien. Sie wurde verhaftet und schrecklich gefoltert. Kinder zwischen 9 und 14 Jahren. Kinder, die einfach übermütig waren. Ihnen wurden die Zehennägel und die Fingernägel herausgerissen, sie wurden verstümmelt, missbraucht, mit Elektroschocks gefoltert. Dann gingen ihre Eltern auf die Straße und forderten ihre Kinder zurück. Meine ganze Stadt beteiligte sich daran. Zuletzt haben sie die geschundenen Kinder wieder zurückgebracht. Wir jubelten alle, aber die Kinder waren mehr tot als lebendig. Dann begannen im ganzen Land die Proteste. Meine Familie konnte auch nicht mehr dort bleiben. Wir flohen unter schlimmen Umständen über das Meer, nach Ägypten, dann Italien, von dort nach Deutschland.

Mein Name ist Marah (17). Die Flucht war das Schlimmste, was ich jemals erlebt habe.

Aber wir leben. Das ist die Hauptsache! Wir flohen mit einem Boot, das mehr Wrack war als Fischerboot und mussten dafür viel Geld bezahlen. Wir wollten nach Ägypten. Sieben Tage verbrachten wir auf dem Meer. Es war so schrecklich, dass ich mich nach einiger Zeit nicht mehr fürchtete, denn ich wusste nicht, wovor ich mehr Angst haben sollte: vor dem Meer oder diesen schrecklichen Männern. Auf hoher See drohten sie dann, uns Kinder, auch Neugeborene, ins Meer zu werfen, weil wir nicht genug bezahlt hätten. Meine Mutter und all die anderen Frauen gaben ihren Goldschmuck her, auch unsere Handys. So konnten wir im Boot bleiben. Wir hatten nichts mehr, nur unser Leben, aber das ist viel in diesen Zeiten. Wir flohen dann weiter über Italien nach Deutschland, denn es hieß, dass die Deutschen sehr freundlich zu uns Syrern sind. Das stimmt. Wir sind alle froh hier zu sein.

Die Lehrer fragen uns, wieso wir immer so fröhlich sind, obwohl doch alles schlimm war. So sind wir Syrer nun mal und man muss doch vorwärts schauen. Im Unterricht lernen wir auch deutsche Lieder, Klavier oder Gitarre. Dann sind wir glücklich. Und nun singen wir auch wieder gerne die Lieder unserer Kindheit. Wir haben zwar alles verloren, aber Hauptsache ist doch, dass wir noch leben. Und wir haben wieder Hoffnung und Träume.

Auch die SchülerInnen der Carl-Zeiss-Oberschule arbeiten zurzeit motiviert an einem Theaterstück. Sie wollen zeigen, wie sie den Krieg überstanden haben und dass sie noch leben. Wir werden darüber berichten.

Geflüchteten helfen oder mit Geflüchteten leben?

Ein Plädoyer für soziale Projekte an Schulen – freiwillig und reflektiert

von Katharina Strutynski, Lehramtsanwärterin an der Fritz-Karsen-Schule

Ein Heim für Geflüchtete eröffnet in Berlin-Britz. Schon vor der Fertigstellung hetzen Neonazis, während AnwohnerInnen ihre Solidarität zeigen. Diese Auseinandersetzung geht auch an den SchülerInnen der Fritz-Karsen-Schule nicht vorbei, die zu Fuß zehn Minuten entfernt ist. Sorgen macht sich hier niemand, aber Fragen haben viele und helfen wollen einige und einige LehrerInnen schaffen sofort Raum für genau diejenigen. Nach einer Spielzeugsammelaktion, die SchülerInnen der Grundstufe maßgeblich mitgetragen haben, trifft sich nun eine Arbeitsgemeinschaft. Die meisten SchülerInnen wollen Kontakt herstellen und dann »irgendwie helfen« oder »was mit denen machen«. Nur: Wie erfährt man, was gebraucht wird oder worauf die Jugendlichen im Heim Lust haben?

SchülerInnen-Projekt mit Yvon aus Benin FOTO: PRIVAT

Viele Projekte »für« Geflüchtete laufen ins Leere. Weil sie an deren Bedürfnissen vorbei gehen oder weil sie an Barrieren scheitern, die vorher nicht bedacht worden sind. Die Broschüre »Refugees Welcome – Gemeinsam Willkommenskultur gestalten« kann helfen, nicht nochmal in dieselben Fettnäpfchen zu treten: Tonnenweise Kinderkleidung zu sammeln, obwohl Schulsachen viel dringender benötigt werden oder Deutschkurse für Kinder am Morgen anzubieten, obwohl diese zur Schule gehen.

Um für das Thema zu sensibilisieren, wurde die AG zum festen Projekt im Rahmen des Nachmittagsbandes »Eigenverantwortlich Arbeiten« mit zwei Wochenstunden. Die Jugendlichen haben ihre eigenen Erfahrungen des Fremdseins in verschiedenen Kontexten reflektiert. Zur Kontaktaufnahme haben sie ihren Einladungstext mit Hilfe anderer SchülerInnen und Lehrkräfte in sechs Sprachen übersetzt. Über die eigene Mehrsprachigkeit erfahren sie in diesem Raum Anerkennung. Über den Kontakt zu einer Sozialarbeiterin im Heim durfte das erstellte Plakat aufgehängt werden und die Jugendlichen wurden zum ersten Mal damit konfrontiert, was es heißt, im Heim zu leben: Das Plakat muss erst genehmigt werden und als zum Treffpunkt niemand kommt, dürfen sie nicht selbst hinein gehen, um mit den Jugendlichen zu reden. Zum Glück waren sie vorbereitet und haben die Gründe reflektiert, warum niemand gekommen ist. Das erfordert einen Perspektivwechsel: Wie würde ich mich fühlen, wenn mich Fremde einladen? Würden meine Eltern erlauben, mit Jugendlichen, die sie nicht kennen, nachmittags hinaus zu gehen?

Ich war begeistert, wieviel Einfühlungsvermögen die SchülerInnen mitbringen und wie motiviert sie sind, weiter zu machen. Nur drei von 14 Jugendlichen haben zum ersten möglichen Wechsel die AG verlassen, einer kam dazu. Über einen arabischen Kulturverein gelang es uns, einen Ausflug für Januar zu organisieren. Der Verein ist schon länger aktiv, man vertraut den BetreuerInnen.

Mit der Praxis kamen gleichzeitig neue Fragen auf: Warum dürfen wir nicht einfach Kinder im Heim besuchen? Warum wohnen diese nicht in Wohnungen? Und so organisierten wir einen Projekttag, an dem Einiges geklärt werden konnte. Wir trafen uns mit Yvon, einem Geflüchteten aus Benin, der uns von seiner Flucht und seinem Leben als Asylsuchender berichtete. Wir besuchten Berenice Böhlo, eine Anwältin, die sich mit Asyl- und Aufenthaltsrecht beschäftigt und zwei Beschäftigte der Kontakt- und Beratungsstelle (KuB) bereiteten einen Workshop vor, in dem es genau darum ging, wie konkret geholfen werden kann. Mit dieser Starthilfe und dem zustande kommenden persönlichen Kontakt zu den Jugendlichen im Heim ist der Grundstein gelegt für weitere Angebote, die sich an den Bedürfnissen der Geflüchteten orientieren.

Dieses Beispiel ist ein Plädoyer für die Öffnung der Schule in den öffentlichen Raum. Wo Schule ein Ort des freiwilligen sozialen Lernens ist und damit auch zum Ort der Auseinandersetzung mit sich selbst und Anderen wird, wird sie jenseits der Leistungsgesellschaft gesellschaftlich relevant. ■

Wer nicht wagt, kann nicht gewinnen

Hundert Kettenarbeitsverträge waren dem Arbeitsgericht zu viel

von Alexandra Urban, Sozialpädagogin

Mein Kollege und ich beschlossen im Sommer 2012 als langjährige MitarbeiterInnen eines Trägers für ambulante Erziehungshilfen in Moabit gegen knapp 100 Kettenarbeitsverträge vor dem Arbeitsgericht zu klagen und die Entfristung zu verlangen. Die Arbeitsverträge waren stets für sechs Monate pro Familienhilfe/Betreuungshilfe an die jeweilige Kostenübernahme gekoppelt. Unseren Wunsch nach einem unbefristeten Arbeitsvertrag beantwortete der Arbeitgeber mit einer Kündigung aus betrieblichen Gründen. Hiergegen erhoben wir noch zusätzlich eine Kündigungsschutzklage.

Unternehmerisches Risiko

Die Klage gegen die Kettenverträge wurde von uns 2013 gewonnen. Die vom Arbeitgeber vor dem Arbeitsgericht vorgetragene Begründung, die Finanzierung durch die Jugendämter sei zu unregelmäßig, um die Arbeitsverträge zu entfristen, war nicht erfolgreich. Das Gericht erkannte keine Rechtfertigung für die Kettenarbeitsverträge. Mein Kollege schloss im März 2013 einen Vergleich, wonach er ein Jahr weiterbeschäftigt werden sollte und 5.000 Euro Abfindung erhielt. Trotzdem wurde er von der Geschäftsführung für die gesamte Zeit von der Arbeit freigestellt, sodass durch die erforderliche Neueinstellung zusätzliche Kosten entstanden.

Ich lehnte einen Vergleich ab und gewann im März 2014 die Kündigungsschutzklage. Als Kündigungsgrund trug der Arbeitgeber vor, dass sich ein kleiner Verein keine weitere festangestellte Mitarbeiterin mit 25 Wochenstunden leisten könne, da sich bereits 2005 zwei Mitarbeiter mit 13 und 28 Wochenstunden eingeklagt hätten. Zudem sei die Auftragslage rückläufig und ich als Sozialarbeiterin, Sozialpädagogin und Soziologin nach neunjähriger Betriebszugehörigkeit nicht qualifiziert genug, da das Jugendamt ausschließlich MitarbeiterInnen mit Spezialkenntnissen anfordere. Im Zuge der unternehmerischen Entscheidung müsse es möglich sein, im Bedarfsfall MitarbeiterInnen zu kündigen.

Das Geld ist da

Dies sah mein Rechtsbeistand ganz anders. Er argumentierte, es sei unzulässig, das Unternehmerrisiko auf die ArbeitnehmerInnen abzuwälzen. Ebenso sei es unglaublich, dass MitarbeiterInnen, die zu Recht die Entfristung der Arbeitsverträge forderten, gekündigt werde. Nachdem der Arbeitgeber zur Erläuterung der wirtschaftlichen Situation seine Bilanzen vortrug, wurde festgestellt, dass meine unbefristete Einstellung mit 25 Stunden pro Woche das Unternehmen keineswegs in die Insolvenz führen würde. Nach Auffassung meines Rechtsbeistandes entstand dem Unternehmen vielmehr durch wirtschaftlich nicht nachvollziehbare Entscheidungen erheblicher Schaden.

Teure Unternehmensführung

Der frühere Betriebsrat hat jahrelang auf die gravierenden Missstände im Bereich der Personal- und Verwaltungskosten hingewiesen und widersprach damals der Kündigung. Dies führte dazu, dass er Repressalien ausgesetzt ist und – wenn er nicht mehr den besonderen Kündigungsschutz für Betriebsräte hat – mit einer Kündigung rechnen muss. Gerügt wurde vom damaligen Betriebsrat, dass die Kosten für die Verwaltung viel zu hoch seien, da der kleine Verein sich zwei Vollzeitgeschäftsführerinnen leistet sowie eine sehr teure Fremdfirma bezahlt und obendrein einen teuren Beratervertrag mit einem Anwalt abgeschlossen hat.

Meine Festanstellung und die meiner beiden einzigen unbefristeten Kollegen machen nur 66 Wochenstunden aus, das sind etwas mehr als 1,5 Stellen, während 12 weitere MitarbeiterInnen sich mit den rechtlich problematischen Kettenarbeitsverträgen abfinden. Das Arbeitsgericht stellte fest, dass den unternehmerischen Entscheidungen eines Betriebes durchaus Grenzen zu setzen sind. Des Weiteren wurde der Geschäftsleitung mehr als einmal gerichtlich nahegelegt, die Arbeitsverträge gründlich zu überarbeiten. Statt der Anregung verschiedener Richter Folge zu leisten, wurde im Sommer 2014 von der Geschäftsführung Berufung eingelegt, weswegen man mich zwar weiterhin bezahlt, aber trotzdem nicht arbeiten lässt. Das verursacht dem Träger noch einmal zusätzliche Kosten, doch dafür scheint genügend Geld da zu sein. ■

FOTO: WENGART/PIXELIO.DE

Unter dem Deckmantel des Kinderschutzes

Gefährdet Aufklärung über sexuelle Vielfalt die Kinder?

FOTO: PRIVAT

von Alexander Lotz, AG Homosexuelle Lehrer in der GEW Berlin

Unter der Schlagzeile »Unter dem Deckmantel der Vielfalt« ist am 14. Oktober 2014 ein Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienen, der davor warnt, dass eine »neue Aufklärungswelle« in immer mehr Schulen und Jugendeinrichtungen Einzug halte. Die Autorin Antje Schmelcher begründet ihre Warnung insbesondere mit den »sexuell grenzverletzenden Methoden«, denen die Kinder und Jugendlichen dabei ausgesetzt seien. Die von Schmelcher umrissenen Methoden seien eine »Form sexualisierter Gewalt«. Beunruhigend sei zudem, dass diese Entwicklungen aktuell politisch gewollt seien. Der Artikel reiht sich geradezu mustergültig in immer wieder aufkommende Beiträge vornehmlich rechts-konservativer Medien ein.

Reaktionäre Berichterstattung

Darin wird politischen und pädagogischen Bestrebungen, die Akzeptanz von sexueller Vielfalt zu fördern, vorgeworfen, dass diese weit über ein legitimes Ziel hinausschießen würden. Zudem würde es zum Aufbrechen der Schamgrenzen von Kindern und Jugendlichen kommen. Im Fokus der Kritik steht dabei insbesondere die Arbeit der LesBi-Schwulen Aufklärungsprojekte. In Projekten wie beispielsweise SchLAU NRW oder abqueer engagieren sich junge Erwachsene ehrenamtlich, die selbst lesbisch, schwul, bisexuell, transgender oder intersexuell (kurz lsbti) leben. Sie arbeiten auf Einladung mit Schulklassen und dem Ziel, den Unterricht zu Antidiskriminierung sowie zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu ergänzen. Die Aufklärungsprojekte betonen, dass ihre Workshops eben kein spezifisches Angebot zur Sexualaufklärung darstellen. Sie wollen einen Beitrag zur Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit zur Akzeptanz von Vielfalt im Sinne von Diversität leisten. Die Arbeit der Projekte geht somit weit über eine Aufklärung über Identitäten jenseits der Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit hinaus: Durch den autobiografischen Ansatz und der direkten Begegnung werden bestehende Vorurteile und Klischees hinterfragt und abgebaut. Somit wird eine Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Homo- und Transphobie ermöglicht.

Aufruf an der Außenmauer des Higashi-Hongan-Tempels in der Nähe des Hauptbahnhofs von Kyoto: Zusammenleben in der Vielfalt und die Unterschiede zu akzeptieren lernen.

FOTO: BILDPIXEL /PIXELIO.DE

Droht eine »Übersexualisierung« der Kinder?

Die Klagen sind stets verbunden mit dem Vorwurf der Kindeswohlgefährdung vor allem durch eine drohende oder bestehende »Übersexualisierung«. Was genau eine »Übersexualisierung« ist, erklären AutorInnen wie Schmelcher jedoch nicht. Es scheint jedoch so, dass sich dahinter eine Vorstellung verbirgt, dass (zu viel) Sexualität nicht förderlich für die kindliche Entwicklung sei. Um dies zu untermauern, werden Teile von Methoden, die in Handbüchern zur Sexualerziehung beschrieben sind, unvollständig zitiert, aus dem pädagogischen Zusammenhang gerissen dargestellt

oder unter völlig falscher oder fehlender Einordnung in Bezug auf das Alter als unangemessen kritisiert.

Einhergehend mit diesen Verkürzungen und Verfälschungen wird der Begriff der sexuellen Vielfalt nicht als Vielfalt im Sinne von sexuellen Identitäten aufgefasst und dargestellt. Sexualität sowie sexuelle Vielfalt wird reduziert auf die Vorstellung, dass Menschen auf unterschiedliche Weise miteinander Sex haben können. Dadurch produzieren AutorInnen wie Schmelcher eine völlig unangemessene und falsche Vorstellung davon, dass die Arbeit der Aufklärungsprojekte Kinder und Jugendliche »verführen« würde, sich sexuell zu betätigen. In dessen letzter Konsequenz wird dann Aufklärung über sexuelle Vielfalt mit angeblichen pädosexuellen Bestrebungen gleichgesetzt.

Dadurch, dass auf diese Weise die Arbeit der Aufklärungsprojekte in die Nähe von Pädosexualität gerückt wird, werden Ressentiments und Ängste um das Kindeswohl geschürt: Lange Zeit nahm man unter anderen als Ursache für Homosexualität frühe homosexuelle Kontakte an. Diese Vorstellung gipfelte in der sogenannten »Verführungshypothese«. Nach dieser würden homosexuelle Missbrauchserfahrungen in der Kindheit eine spätere homosexuelle Identität begünstigen. Insofern haben homophobe Positionen, die männlicher Homosexualität einen Hang zur Pädophilie unterstellen, durchaus eine gewisse Tradition, auf die in Artikeln wie von Schmelcher zurückgegriffen wird.

Schlecht getarnte Homophobie

Wer versucht auf eine verunglimpfende Art und Weise eine moderne, emanzipatorische und eine Vielfalt bejahende Sexualerziehung aus den Schulen zu verdammen, kriminalisiert in alter Tradition homosexuelle Männer. Zudem bewirkt es in Bezug auf das Kindeswohl genau das Gegenteil: Kinder und Jugendliche, die sexuell nicht aufgeklärt sind, unterliegen einer wesentlich größeren Gefahr Opfer sexueller Übergriffe und Missbrauchs zu werden. Ihnen fehlen sowohl das Wissen über die menschliche Sexualität, die Wahrnehmung ihrer eigenen Bedürfnisse als auch die Mittel zur Kommunikation darüber. Insofern erscheint unter dieser Perspektive die Vorstellung einer »Übersexualisierung« geradezu absurd. Altersangemessenes und sachliches Wissen über die Sexualität des Menschen leistet vielmehr einen Beitrag zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Inzwischen ist empirisch belegt, dass lsbti Lebensweisen weit von einer gleichberechtigten Darstellung in Schule, Unterricht sowie Lehrbüchern entfernt sind. Lsbti-Personen sind nach wie vor weitestgehend unsichtbar in der Schule und finden im regulären Unterricht kaum Berücksichtigung als selbstverständlich dazugehörig. Schimpfwörter wie »Lesbe« oder »Schwule Sau« sind an Schulen bereits ab Klasse 6 weit verbreitet. Lehrkräfte sind zu wenig informiert über die curricularen Vorgaben, die einen gleichberechtigten Umgang mit lsbti-Lebensweisen in Schule und Unterricht fordern. Umso berechtigter ist von daher die Förderung von Akzeptanz sexueller Vielfalt im Rahmen der als Querschnittsaufgabe von Schule gesetzlich verankerten Sexualerziehung.

Ein Thema der BildungsGEWerkschaft!

Als Teil der GEW macht sich die AG Homosexuelle Lehrer seit über 30 Jahren dafür stark, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität und ihrer sexuellen Orientierung gleichberechtigt in Schule sichtbar werden, an den Bildungsprozessen teilhaben können und in ihrer Entwicklung gefördert werden.

Mit ihrem Beschluss auf dem Gewerkschaftstag 2013 positioniert sich die GEW deutlich »gegen Diskriminierung von LSBTI, sodass alle Kinder und Jugendlichen in der Schule ihr Potential besser entfalten können«. Die GEW macht deutlich, dass für sie Antidiskriminierungsarbeit ein wesentlicher Baustein auf dem Weg hin zu einer Schule ist, in der Vielfalt und Uneindeutigkeit respektiert und wertgeschätzt werden. Dazu muss im Sinne von gewerkschaftlicher Bildungsarbeit ein Beitrag zur Aufklärung und Sichtbarkeit geleistet werden, sodass ein Bewusstsein für Diskriminierung geschaffen werden kann. Homo- und transphobe Argumentationsmuster müssen benannt und enttarnt werden.

Nur durch ein entschiedenes Eintreten gegen derartige Bestrebungen wird es möglich sein, dass KollegInnen in die Lage versetzt werden sich auch selbst überzeugt und aktiv für eine diskriminierungsfreie Schule einzusetzen. ■

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Neue Schulstruktur, neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30.-	40,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen. Sonderformulare sind nach Absprache möglich.

Alle Informationen und Bestellmöglichkeiten unter

www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Bestellschein: siehe Seite 21

Verpaktet und verkauft

Die beschlossenen Programme lösen die Probleme der Hochschulen nicht

von Henrik Piltz, Abteilung Wissenschaft

Im Dezember 2014 haben die Länder mit der Bundeskanzlerin die Leitlinien für die Hochschul- und Wissenschaftspolitik der kommenden Jahre verabschiedet. Zuvor hatte bereits die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) das so genannte »Paket der Pakte«, bestehend aus den Entwürfen über die Fortsetzung der Exzellenzinitiative, des Hochschulpakts 2020 sowie des Pakts für Forschung und Innovation (PFI), verabschiedet.

Die dritte Phase des Hochschulpakts 2020, dessen erste Phase 2005 vereinbart wurde, verfügt weiterhin über zwei Säulen. Die erste Säule sieht vor, dass sich der Bund von 2016 bis 2020 an der Finanzierung von bis zu 675.518 Studienplätzen für Erstsemester in den Ländern beteiligt, wenn ihre Zahl das Niveau von 2005 übersteigt. Eine Ausnahme gilt für die Stadtstaaten und die neuen Bundesländer, die pauschal knapp neun Prozent der vom Bund im Hochschulpakt vereinbarten Finanzmittel erhalten, wenn sie die Zahl der Erstsemester auf dem Niveau von 2005 halten. Ziel des Paktes ist es, dem wachsenden Fachkräftebedarf auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen.

Das seit 2011 verwendete Verteilungssystem sieht vor, dass die Länder für jeden durch den Hochschulpakt finanzierten Studienplatz durchschnittlich 6.500 Euro pro Jahr bereitstellen. Die 6.500 Euro leiten sich ab aus den durchschnittlichen Ausgaben der Hochschulen für die Lehre pro Studienplatz. Der Bund trägt bis zu 8,782 Milliarden Euro, die Länder tragen rund acht Milliarden Euro. Die Hochschulen erhalten diese Finanzmittel verteilt über vier Jahre. Aufgrund der Weiterführung dieses Verteilungssystem für die dritte Paktphase verbleiben bei den Hochschulen weiterhin enorme Finanzierungsrisiken:

Das Paket der Pakte ist nicht sonderlich stabil.

Zum Ersten werden die Finanzmittel aus dem Hochschulpakt nur dann zugeteilt, wenn eine entsprechende Zahl an Studienanfängerinnen und -anfänger aufgenommen wurde. Eine mittelfristige Finanzplanung für die Hochschulen wird hierdurch unmöglich.

Zum Zweiten orientieren sich die Finanzmittel pro Studienplatz nicht an den realen Kosten eines Studienplatzes, die im Durchschnitt über 8.000 Euro betragen, und damit deutlich über den angesetzten 6.500 Euro pro Jahr liegen. Die seit 2011 gleichbleibenden Zuschüsse pro Studienplatz zementieren damit die prekären Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen. Außerdem soll diese dritte Phase gleichzeitig die letzte sein. Was danach kommt, ist noch unklar.

Die zweite Säule des Hochschulpakts umfasst die sogenannte DFG-Programmpauschale. Die Hochschulen können bei den von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekten nur die direkten Kosten abrechnen. Die mit diesem Forschungsprojekt verbundenen und nur schwer oder pauschal erfassbaren Gemeinkosten – sogenannter Overhead – müssen von der Hochschule selbst getragen werden. Über die Programmpauschale erhalten die Hochschulen seit 2006 eine pauschale Zulage zu den von der DFG eingeworbenen Drittmitteln. Derzeit liegt diese Zulage bei 20 Prozent und wird allein vom Bund getragen. Mit der dritten Paktphase steigt sie auf 22 Prozent, wobei die Steigerung von zwei Prozent von den Ländern übernommen wird.

Eine Erhöhung der Programmpauschale erscheint angemessen, denn im Durchschnitt betragen die Gemeinkosten der Hochschulen laut Gutachten rund 40 Prozent. Der Bundesrechnungshof beanstandet allerdings, dass die Hochschulen die Programmpauschalen zu einem erheblichen Teil nicht dem Zweck entsprechend verwenden.

Der zweite zentrale Bestandteil des Pakets der Pakte ist die Fortsetzung des

FOTO LINKS: LICHTKUNST.73/PIXELIO.DE, FOTO OBEN: PRIVAT

PFI. Er umfasst die fünf größten, bundesweit agierenden Wissenschaftsorganisationen, die von Bund und Ländern gemeinsam finanziert werden – die Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft, die Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft sowie die DFG. Er enthält eine Vereinbarung über eine Budgetsteigerung von drei Prozent pro Jahr von 2016 bis 2020, die vom Bund getragen wird. In der noch bis Ende 2015 laufenden Paktphase ist ein Anstieg der Budgets der Wissenschaftsorganisationen um fünf Prozent vorgesehen, Bund und Länder beteiligen sich hier auf Basis des bestehenden Finanzierungsschlüssels.

Im Gegenzug werden im PFI von den Wissenschaftsorganisationen Maßnahmen und Ziele formuliert, die sie im Verlauf der Paktphase umsetzen wollen. Diese Konstruktion impliziert auf den ersten Blick eine breite Palette an Freiheiten, für die die versprochenen Finanzmittel verwendet werden können, die durch entsprechende Formulierungen unterstrichen wird. Beispielsweise bei der Durchsetzung der Gleichstellung in der Wissenschaft. Frauenquoten dürfen die Wissenschaftsorganisationen für sich selbst festlegen. Ebenso wird die große Zahl an befristet beschäftigten WissenschaftlerInnen trotz konstanter Budgetsteigerungen als im internationalen Wettbewerb unumgänglich dargestellt.

Gleichzeitig finden sich in einigen Bereichen allerdings ebenso sehr genaue Angaben darüber, was von den Wissenschaftsorganisationen erwartet wird. Insbesondere was die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft betrifft. Zum einen sollen die Wissenschaftsorganisationen ihre Forschungsschwerpunkte anpassen, um die Ergebnisse verstärkt ökonomisch zu verwerten. Zum anderen sollen Unternehmen an der Auswahl, Planung und Durchführung von Forschungsprojekten immer früher und dauerhaft beteiligt werden – beispielsweise im Rahmen von strategischen Partnerschaften. Damit folgt der PFI dem Trend der Ökonomisierung von Wissenschaft und Forschung.

Der dritte Bestandteil des Pakets der Pakte besteht aus einem Vorratsbeschluss über die Fortsetzung der Exzellenzinitiative zum Ende des Jahres 2017. Ziel der Exzellenzinitiative ist die nachhaltige Stärkung des Wissenschaftsstandorts Deutschland, die Verbesserung seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Ausbildung von Leistungsspitzen in der Forschung sowie die Anhebung der Qualität in der Breite. Der Vorratsbeschluss macht explizit keine Aussagen über die Ausgestaltung dieser dann vierten Runde der Exzellenzinitiative – mit Ausnahme des Finanzvolumens, das mit mindestens 2,7 Milliarden Euro nicht unter das bisherige Niveau sinken soll. Begründet wird dieser Vorratsbeschluss mit dem Verweis auf die in diesem Jahr eingerichtete Evaluierungskommission für die Exzellenzinitiative, was sich allerdings bereits jetzt als Farce darstellt. Denn der Arbeitsauftrag der Kommission besteht vorrangig darin, eine qualitative Bewertung der Exzellenzinitiative als strategisches Programm sowie ihrer Auswirkungen auf das deutsche Wissenschaftssystem zu erarbeiten. Ob die Exzellenzinitiative überhaupt positive Effekte hat, soll von der Evaluierungskommission demnach erst überprüft werden. Außerdem ist der beschlossene Zeitplan zu knapp.

Die Exzellenzinitiative ist der wohl umstrittenste Teil des Pakts der Pakte. Besonders weil das Ziel einer Anhebung der Qualität des Hochschul- und Wissenschaftssystems in der Breite nicht erfüllt wurde. Vielmehr wurde eine Hierarchisierung im Hochschulsystem etabliert. Die in der Exzellenzinitiative erfolgreichen Universitäten können durch Prestigegewinn und zusätzlicher Finanzausstattung nicht nur den eigenen Forschungsoutput erhöhen, sondern ebenso die in den übrigen Hochschulen betriebene Forschung verdrängen.

Es zeigt sich, dass das Paket der Pakte die derzeitigen Probleme des Hochschul- und Wissenschaftssystems kaum berücksichtigt. Die vorhandene Unterfinanzierung des Bildungssystems, die alles erfassende Ökonomisierung von Hochschule und Wissenschaft sowie der Wettbewerb um Finanzmittel zwischen den Hochschulen fördert keine Weiterentwicklung des Hochschul- und Wissenschaftssystems, sondern führt zum Verharren in veralteten Denkmustern. Das große Tamtam um die Einigung über das Paket der Pakte zeigt vor allem eins, nämlich dass das Verlängern und Auflegen immer neuer Pakte einzig der Demonstration der Handlungsfähigkeit der Politik dient. Ein Gestaltungswille lässt sich aus den verabschiedeten Pakten nicht erkennen. Vielmehr wird sich einem vermeintlichen Diktat der Ökonomie untergeordnet. ■

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

Lehrer Georg Krayn (links oben) mit seiner Klasse 1927. Er wurde 1944 in Ausschwitz ermordet. FOTO: ARCHIV

Wir vergessen nicht

Der Zwischenbericht zur Recherche der Verfolgung der Lehrkräfte während des Nationalsozialismus bringt neue Erkenntnisse

FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Christiane Thöne, AG Verfolgte Lehrkräfte

Es sind weit mehr Lehrkräfte als wir vermuteten, die den Zwangsmaßnahmen im Nationalsozialismus ausgesetzt waren, fast doppelt so viel. Von 100 bis 200 verfolgten KollegInnen waren wir ausgegangen, die Nachforschungen haben aber jetzt schon 379 betroffene Personen ergeben. Das sind immerhin zehn Prozent aller damaligen Lehrkräfte an Höheren Schulen. Herausgefunden hat das Simone Ladwig-Winters als Ergebnis ihrer bisherigen Forschung für das GEW-Projekt »Verfolgte Lehrkräfte«. Simone Ladwig-Winters promovierte über die Geschichte des Warenhauses Wertheim und untersuchte das Schicksal jüdischer JuristInnen in Deutschland. Über eine Ausschreibung kam sie zum Forschungsauftrag für unser Projekt, das die »Gleichschaltung« der Berliner LehrerInnenverbände und deren Rolle bei der Diskriminierung und Verfolgung der Berliner Lehrkräfte im Nationalsozialismus untersuchen soll, aber auch die gezielte Ausgrenzung Einzelner. Die Namen und Lebenswege dieser Personen sollten ermittelt und damit dem Vergessen entrissen werden.

Diskriminierung und Verfolgung

Wie ging das eigentlich vonstatten in der Nazizeit? Wie und mit welchen Mitteln wurden diese KollegInnen ausgegrenzt? Das Berufsbeamtengesetz erlaubte unter-

schiedliche Zwangsmaßnahmen. Von der Versetzung in ein anderes Amt bis zur Zwangspensionierung gab es mehrere Abstufungen. Sie wirkten sich vor allem auf die Kürzung der Gehälter und der Ruhegelder aus. Wenn eine Lehrkraft erfasst wurde, bedeutete das immer auch eine Drohung, dass noch Schlimmeres durchgesetzt werden könnte. Sowohl die Betroffenen als auch deren KollegInnen verhielten sich dann meist unauffällig und angepasst.

Zwei beispielhafte Schicksale

Ladwig-Winters und ihr Kollege Hans Bergemann haben etliche Berufsbiographien zusammengetragen. Berufsbiographien geben aber noch keinen Aufschluss über den weiteren Lebensweg. Diesen herauszufinden würde noch weitere umfangreiche Nachforschungen erfordern. An den Lebensschicksalen von Erich Löwenthal und Susanne Engelmann wird deutlich, was das heißt.

Erich Löwenthal, Dr. phil.
16.03.1894 Berlin – deportiert 12.03.1943 Auschwitz
Löwenthal ist jüdischer Konfession, war nicht verheiratet und stammt väterlicherseits aus einer Kaufmannsfamilie, über die Mutter ist nichts bekannt. Nach dem Abitur studierte er Französisch, Latein, Deutsch und Philosophie. Er unterbricht sein Studiums für den Heeresdienst (Einsatz in einem Kriegsgefangenenlager). Nach der wissenschaftlichen Prüfung, dem ersten Staatsexamen, promoviert er im Dezember 1920 an der Universität Berlin. Seine Dissertation heißt »Studien zu Heinrich Heines ›Reisebildern‹«, gedruckt Berlin 1922. Nach Abschluss der pädagogische Prüfung, dem zweiten Staatsexamen, arbeitet er als Studienassessor an der Fichte-Realschule in Berlin-Schöneberg, dann als Studienassessor an der Kirschner-Schule in Berlin-Tiergarten und wird im April 1929 schließlich dort Studienrat. Die Kirschner-Schule lag in der Zwinglistraße 2. Heute befindet sich dort das Berlin-Kolleg. Im April 1933 wird er »beurlaubt« und bekommt zum 1. Juli 1933 Berufsverbot.

Nach seiner Entlassung arbeitet er als Lehrer an einer jüdischen Oberschule und freiberuflich als Lektor, vor allem für den jüdischen Schocken-Verlag. Nach Schließung des Schocken-Verlags 1938 wird er Mitarbeiter im Verlag von Lambert Schneider und gibt dort Texte von Platon, Aristophanes und Shakespeare heraus – wobei sein Name in den Büchern nicht genannt werden darf. Nach der Einberufung von Lambert Schneider zum Kriegsdienst leitet er vorübergehend und heimlich den Verlag. Löwenthal bemüht sich vergeblich um die Emigration; seine Situation ist schwierig, da er sich um seine Mutter und die kranke Schwester kümmert. Er wird zur Zwangsarbeit herangezogen, betreut aber weiterhin Buchprojekte. Am 12. März 1943 wird er in das Vernichtungslager Auschwitz verschleppt und dort ermordet. Über das Schicksal der Mutter und der Schwester ist bislang nichts bekannt. Nach 1945 würdigt der Verleger Lambert Schneider den ermordeten Freund: In allen Neuauflagen der Klassikerausgaben wird Löwenthal als Herausgeber genannt.

Susanne Engelmann, Dr. phil.,
26.09.1886 Berlin – 26.06.1963 Berlin
Engelmann ist evangelischer Konfession und stammt ebenfalls aus einer Kaufmannsfamilie. Sie war nicht verheiratet. Sie besucht eine Höhere Töchterschule und die Gymnasialkurse für Mädchen unter Leitung von Helene Lange und legt im September 1905 als Externe das Abitur am Sophien-Realgymnasium in Berlin ab. Danach studiert sie in Berlin und Heidelberg und promoviert im Oktober 1909 an der Universität Heidelberg. Dissertation: Der Einfluss des Volksliedes auf die Lyrik der Befreiungskriege, Berlin 1909. Im Juli 1910 besteht sie die wissenschaftliche Prüfung (Erstes Staatsexamen) mit Auszeichnung.

Anschließend absolviert sie das Referendariat in Berlin (erstes Vorbereitungsjahr an der 1. Städtischen Studienanstalt und der Siemens-Oberrealschule, zweites Vorbereitungsjahr an der Kaiserin-Augusta-Schule) und 1912 legt sie die pädagogische Prüfung (Zweites Staatsexamen) ab. Sie arbeitet als Studienrätin an verschiedenen Schulen in Berlin, unter anderem an der Sophie-Charlotte-Schule und der Fürstin-Bismarck-Schule, beide in Charlottenburg. 1913/14 ist sie Gastforscherin am Bryn Mawr College, Pennsylvania, USA. 1919 wird sie Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei.

Im April 1932 arbeitet sie als Oberstudiendirektorin am Viktoria-Oberlyzeum in Mitte. Sie veröffentlicht unter anderem den Band »Methodik des deutschen Unterrichts« (Leipzig 1926) und »Die Krise der heutigen Mädchenerziehung« (Leipzig 1928).

Ab dem 1. April 1933 wird sie als »nichtarisch beurlaubt« und Anfang 1934 aus dem Schuldienst mit reduziertem Pensionsanspruch entlassen. Nach dem Berufsverbot ist sie Privatlehrerin für Literatur, Psychologie und Pädagogik und engagiert sich als gläubige Christin im Paulus-Bund und im Kreis um Martin Niemöller in der Bekennenden Kirche. Ab 1935 ist sie Leiterin der Erwachsenenbildung im Paulus-Bund bis zum erzwungenen Ausschluss der »volljüdischen« Mitglieder 1937. 1939 emigriert sie mit Hilfe des Bruders, der im türkischen Wirtschaftsministerium tätig ist, gemeinsam mit der Mutter nach Istanbul. Dort arbeitet sie als Lehrbeauftragte für Erziehungspsychologie am American Social Service Center und zugleich auch als Lehrerin für deutsche Literatur für die Kinder von deutschen ExilantInnen.

Nach dem Tod der Mutter reist sie im Juni 1940 über die Sowjetunion, die Mandschurei und Japan in die USA und lehrt dort an Colleges in verschiedenen Bundesstaaten. Nach ihrer Pensionierung 1952 kehrt sie nach Berlin zurück. Dort steht sie in enger Verbindung mit der Dahlemer Kirchengemeinde unter Martin Niemöller. Bis 1957 ist sie Lehrbeauftragte für Sprech- und Stilerziehung an der Freien Universität Berlin. Susanne Engelmann stirbt 1963 in Berlin.

Zum weiteren Verlauf des Projektes

Derzeit untersuchen Ladwig-Winters und ihr Kollege Bergemann Aspekte der Gleichschaltung innerhalb der Berufsverbände sowie den jüdischen Schulen, die als Reaktion auf die ausgrenzenden Maßnahmen neu gegründet wurden und großen Zulauf erfuhren. Das Projekt soll Ende des Sommers 2015 abgeschlossen werden und in eine Ausstellung münden, die den Schulen zur Verfügung gestellt wird. Dazu wollen wir alte Schultafeln einsetzen, die wir allerdings erst noch besorgen müssen. Wer also alte Schultafeln zur Verfügung stellen kann, melde sich bitte unter der unten stehenden E-Mail-Adresse. Wer weitere Informationen und Ergänzungen zum Thema beitragen kann, melde sich bitte ebenfalls über die E-Mail-Adresse bei uns. ■

E-Mail: ns-verfolgte@gew-berlin.de

Mike Gerwig

ist 32 Jahre alt und Lehramtsstudent für Deutsch und Ethik an der Freien Universität Berlin. Er ist per Zufallspfeilwurf aus der Mitgliedsdatei »erwählt« worden.

- *Was regt dich im Augenblick am meisten auf?*

Es ist sehr ungesund, wenn man sich zu viel aufregt und da ich kein lässiger Typ bin, versuche ich mich oft in Gelassenheit – klappt aber nicht immer. Ich lese gerade Literatur über den Überwachungswahn (Ilija Trojanow und Juli Zeh: Angriff auf die Freiheit). Wenn das nicht aufregt, was dann?

- *Drei Begriffe, die dir spontan zur GEW einfallen?*

Wichtig, ideenlos, konservativ.

- *Was würdest du an deiner Tätigkeit am ehesten ändern?*

Noch nichts, denn ich fange gerade erst an.

- *Was wünschst du dir von deiner Gewerkschaft?*

Alte Denkmuster aufbrechen. Kreativität.

- *Was gefällt dir an deinem Beruf?*

Es gibt Routine, aber jeder Tag ist anders.

- *Welches politische Amt würdest du am liebsten einen Monat lang ausüben?*

Fifa-Chef! Dann würde ich demokratische Wahlen einführen, schonungslose Aufklärung betreiben und wenn ich vor Ende des Monats fertig sein sollte, dann selber die Haftstrafe antreten, die mir meine »Stellvertreter-Amtsführung« eingebracht hat.

Streit im DGB

Drei Gewerkschaften sind gegen das geplante »Tarifeinheitsgesetz« – die anderen sind dafür

von Joachim Neu, Abteilung Berufsbildende Schulen

Seit der Stellungnahme des DGB am 18. November 2014 zum Gesetzentwurf über die Tarifeinheit (vorgelegt vom Arbeitsministerium) hängt der Haussegen schief. Denn der DGB ist dafür, aber die drei Gewerkschaften ver.di, GEW und NGG sind dagegen. Das ganze Theater wurde noch gesteigert durch die im vornherein nicht bekannt gegebene Unterschriftenaktion von ver.di gegen das Gesetz, der sich GEW und NGG angeschlossen hatten. Die drei opponierenden Gewerkschaften kritisieren, dass das Gesetz zur Tarifeinheit ein Eingriff in das Streikrecht sei, da nur die Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern vor Ort über Streik oder Nichtstreik bestimmen kann.

Was hat die GEW damit zu tun?

Im Organisationsbereich der GEW ist vor allem der Erziehungs- und Sozialarbeitsbereich betroffen. Hier gibt es die Konkurrenzgewerkschaft ver.di. InsiderInnen wissen von manch harten »Sträußchen« zu erzählen, die zwischen GEW und ver.di ausgefochten wurden. Kommt das Tarifeinheitsgesetz, wäre keine Abstimmung zwischen beiden Gewerkschaften mehr nötig, sondern die jeweils mitgliederstärkste in der Einrichtung könnte die Tarifbedingungen diktieren. Und wie man weiß, sind sich selbst DGB-Gewerkschaften untereinander nicht immer »grün«. Die »Bösewichte« sind also nicht unbedingt nur die »gelben Gewerkschaften«.

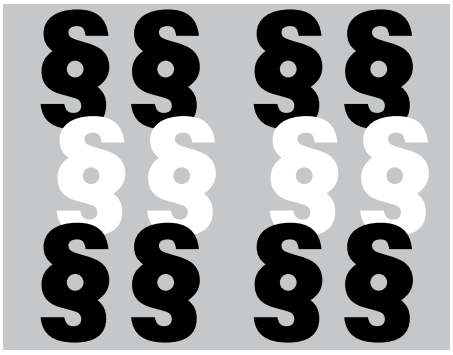
Hauptpunkt beim Widerstand gegen das Gesetz ist jedoch, dass es ein politisches Projekt der schwarz-roten Regierung ist. Denn hinter dieser Regierung steht die Wirtschaft, stehen die ArbeitgeberInnen, die in Einklang mit der Mehrheit der Gewerkschaftsverbände und der DGB-Spitze nicht nur die Streiktätigkeit (die in Europa sehr niedrig ist) weiter mindern und den »Standort Deutschland« weiter ausbauen wollen, sondern durch die Hintertür die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung schwächen wollen.

Auch wenn Gabriel, Nahles und Co dies bestreiten, bestätigen die Kommentare und Analysen in der kritischen Presse das. Schlimm nur, dass durch die personelle »Verbandelung« von Gewerkschaftsführung und SPD (nur Bsirske gehört den GRÜNEN an) kaum Unterstützung besteht. Wie es aussieht »köchelt« das Gesetz noch einige Zeit im Parlament. Bis dahin kann also noch viel Einfluss und Druck von uns aufgebaut werden. Die Teilnahme an der online Unterschriftenaktion der GEW ist ein erster Schritt!

http://www.gew.de/Initiative_Tarifeinheit.html

Familienstreitigkeiten lassen sich nicht immer vermeiden.

FOTO: DIETER SCHÜTZ/PIXELIO.DE



FINANZIELLER AUSGLEICH DER ARBEITSZEITKONTEN

Pünktlich zu Weihnachten ist im letzten Gesetz- und Verordnungsblatt des Jahres am 23. Dezember 2014 das Dienstrechtsänderungsgesetz für Lehrkräfte veröffentlicht worden. Damit ist zwanzig Monate nachdem das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg den finanziellen Ausgleich von nicht in Anspruch genommenen Arbeitszeitkontentagen aufgrund des Fehlens einer gesetzlichen Grundlage untersagt hatte, diese nun geschaffen worden. Alle verbeamteten KollegInnen, die nach dem 12. April 2013 in den Ruhestand gegangen sind und die ihre Arbeitszeitkontentage nicht nehmen konnten oder wollten und seitdem auf einen finanziellen Ausgleich gewartet haben, werden diesen nun zu verbesserten Konditionen erhalten. Die Höhe der finanziellen Abgeltung soll für jeden auf dem Arbeitszeitkonto angesparten Unterrichtstag ein Fünfundsechzigstel der Summe der Bezüge betragen, die die BeamtIn für die letzten drei Monate vor der Beendigung des Beamtenverhältnisses bei Vollbeschäftigung zugestanden hat oder hätte. *(UM)*

BETRIEBSPRAKTIKUM MUSS IN BERLIN ABSOLVIERT WERDEN

Berliner SchülerInnen müssen das in der 9. Klasse vorgesehene Betriebspraktikum grundsätzlich in Berlin absolvieren. Das hat das Verwaltungsgericht entschieden. Der Antragsteller hatte sein am 1. Dezember 2014 beginnendes Betriebspraktikum bei einem Betrieb in Niedersachsen durchführen wollen. Nachdem die Schulleitung dies mit der Begründung abgelehnt hatte, dies übersteige die organisatorischen Möglichkeiten, bot er an, der Schule die notwendige Ausrüstung zur Verfügung zu stellen, damit die ihn betreuende Lehrkraft via Skype mit ihm kommunizieren könne. Das Verwaltungsgericht lehnte den Antrag des Schülers ab mit der Begründung, die für Betriebspraktika geltenden Ausführungsvorschriften sähen vor, dass praxisbezogene Angebote grundsätzlich im Land Berlin stattfinden müssten. Nur in besonders begründeten Einzelfällen könne die Durchführung auch in angrenzenden Kreisen des Landes Brandenburg zugelassen werden. *(Beschluss vom 27. November 2014 – VG 3 L 1071.14)*

SICHERHEIT AM ARBEITSPLATZ: GEFÄHRLICHE SCHULEN

Am 21. November 2014 stürzten Fenster der Bettina-von-Armin-Schule aus dem Scharnier. Es wurden Lehrkräfte verletzt. Welche Gründe und Erklärungen für den Vorfall sind dem Senat und dem Bezirk Reinickendorf inzwischen bekannt? Können der Senat und der Bezirk Reinickendorf inzwischen Gefährdungen in der Schule mit Sicherheit ausschließen? Diese Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus beantwortete die Senatsbildungsverwaltung wie folgt: Der Sachverhalt stellt sich anders dar als in der obigen Fragestellung formuliert. Ein Fenster hat sich offensichtlich beim Bedienen aus dem vorgesehenen Mechanismus gelöst und hat einen Lehrer verletzt. Die Ursachenprüfung dauert noch an. Zurzeit (5. Dezember 2014) werden die Kippmechanismen der Fenster außer Kraft gesetzt, sodass eine Öffnung nur noch auf »Dreh« erfolgen kann.

Ende November 2014 stürzten Fenster der Stötzner-Schule aus dem Scharnier. Es wurden Lehrkräfte verletzt. Welche Gründe und Erklärungen für den Vorfall sind dem Senat und dem Bezirk Reinickendorf inzwischen bekannt? Können der Senat und der Bezirk Reinickendorf inzwischen Gefährdungen in der Schule mit Sicherheit ausschließen? Diese Anfrage im Abgeordnetenhaus beantwortete die Senatsbildungsverwaltung wie folgt: Der Sachverhalt stellt sich anders dar als in der obigen Fragestellung formuliert. Ein Oberlichtfenster war offensichtlich nicht ordnungsgemäß verriegelt und hat sich daher unkontrolliert aus dem vorgesehenen Mechanismus gelöst. Ein Lehrer wurde verletzt. Die Ursachenprüfung dauert noch an. Es handelt sich nicht um Drehkippfenster. Konstruktionsbedingt werden daher alle Oberlichtfenster zeitnah mit Fangscheren ausgestattet.

SELBSTANZEIGE

Sehr geehrte Frau Scheeres!
Seitdem ich in der Berliner Zeitung las, dass eine Kollegin 4.000 Euro Strafe zahlen musste, weil sie ein Abschiedsgeschenk ihrer Abschlussklasse angenommen hatte, das den Wert von 10 Euro überstieg, kann ich nicht mehr ruhig schlafen. Ich habe von den Eltern meiner Klasse vor den Weihnachtsferien als Dank für meine Arbeit einen Blumenstrauß geschenkt bekommen! Ich habe ihn angenommen, ohne nach dem Preis zu fragen! Womöglich war er teurer als 10 Euro! Nun ist er verblüht und ich kann ihn nicht mehr zurückgeben! Was soll ich nur tun?
Dabei hatte ich mich sehr über diese Geste gefreut. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen arbeiten sicher genau wie ich und erfahren diese Wertschätzung durch Eltern nicht – werden sogar angegriffen, beleidigt, haben maßlosen Ärger als Dank(!) für engagierte Arbeit. Und Wertschätzung durch unseren Arbeitgeber erfahren Berliner Lehrer ja nur über Arbeitszeiterhöhungen und Gehaltskürzungen. Wo ist Vorteilsnahme im Spiel, wenn eine Lehrerin von den Eltern ihrer Abschlussklasse ein Geschenk bekommt? Diese Eltern können die Lehrerin doch gar nicht mehr bestechen! Die Kollegin hat ihre Arbeit beendet! Zum Glück muss ich keine Zensuren erteilen – falls mein geschenkter Blumenstrauß teurer als 10 Euro war. Vorteilsnahme ausgeschlossen.
Eine Frage habe ich noch. Falls meine Elternschaft in Zukunft keine Rücksicht auf die begrenzte Anzahl von Blumenvasen in meinem Haushalt nimmt und mich nicht in Schwierigkeiten bringen möchte: Was ist, wenn jetzt die Eltern alle einzeln mit einem Blumenstrauß für 9,99 Euro vor mir stehen? Haben wir dann gemeinsam die gesetzlichen Regelungen eingehalten?

Viele Grüße von einer arg verunsicherten Lehrerin

Schule und Gesellschaft in der Russischen Föderation

Ein Bericht über das Lernen und Leben östlich der EU

FOTO: PRIVAT

von Jörg Tetzner, Leitung Vorstandsbereich Schule

Vor dem Hintergrund der alten und neuen Feindbilder, die Teile der deutschen Medien und Politik aufbauen, lohnt die Untersuchung der Frage: Wie funktioniert die russische Schule und wie geht sie mit den jungen Menschen um, die in ihr lernen?

Zunächst muss man beachten, dass die Schulen der Russischen Föderation in einem organischen Zusammenhang mit allen Schulen ehemaliger Sowjetrepubliken stehen. Egal, ob in Riga, Jerewan oder Odessa: Jede postsowjetische Schule trägt organisatorische und inhaltliche Charakterzüge ihrer sowjetischen Vorgängerin (womit regional nur unterschiedlich umgegangen wird).

Streng genommen kann man also nicht von einer russischen Schule im Sinne einer nationalen Etikettierung sprechen. In der Russischen Föderation leben Hunderte Völker und Völkchen. Millionen von Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur haben sich seit Hunderten von Jahren vermischt. Die ethnologische Vielfalt spiegelt sich in einem in aller Regel friedlichen Miteinander in den Schulen wieder. Je nach Ort gibt es oft eine zweite Amtssprache oder sogar mehrere. In ihrer ethnischen Toleranz unterscheidet sich die russische Schule von den anderen postsowjetischen Schulen, wo je nach Land ein Kampf niederer oder höherer Intensität gegen das Russische als Verkehrs- und Unterrichtssprache geführt wird.

Über Ausstattung und Klassenstärke

Die materielle Ausstattung ist, wie in Deutschland auch, sehr unterschiedlich und könnte mancherorts sicher besser sein. Insgesamt gibt Russland nach OECD-Angaben vom Bruttoinlandsprodukt prozentual etwas weniger für Bildung aus als Deutschland, welches mit seinen 4 bis 5 Prozent auch lange unter dem OECD-Durchschnitt lag.

Es muss erwähnt werden, dass die Klassenstärke durchschnittlich zwanzig SchülerInnen beträgt, statt wie anderswo dreißig. In der Russischen Föderation wird im Landesdurchschnitt für zehn SchülerInnen eine Lehrkraft beschäftigt. Wogegen in Westeuropa für die deutlich höhere Anzahl von fünfzehn bis zwanzig SchülerInnen eine Lehrkraft zur Verfügung gestellt wird.

Atmosphäre an einer russischen Schule

Die Atmosphäre an mancher russischen Schule kann einem auf den ersten Blick formal streng vorkommen. Es gibt meist Schuluniformen, bei Stundenbeginn stehen die SchülerInnen auf und wenn sie auf dem Gang rennen, werden sie schon mal angeschrien. Mit formal streng meine ich, dass jenseits der formalen Oberfläche das Verhältnis zwischen SchülerInnen und Lehrkräften in der Regel sehr herzlich, sogar mütterlich ist. In Russland ist man es gewöhnt, dass sich jede Person um alle Kinder kümmert. Die Schuluniform muss man nicht tragen oder man kann sie gestalten, wie man will. Ein vertrauliches LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnis wirkt sich positiv auf die Unterrichtsatmosphäre aus. Aggressivität oder Feindseligkeit widersprechen dem pädagogischen Anspruch. Auf Faulheit reagieren die Lehrkräfte mit einem Augenzwinkern und Toleranz. Ich habe öfter Stunden gesehen, in denen sich die SchülerInnen nicht melden mussten, sondern in den Raum sprechen konnten, wann sie wollten – auch parallel zur Lehrkraft. Sie ergänzten und korrigierten sich gegenseitig sehr sachgerecht in einer Form von Gesprächsrunde. In den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern bemüht man sich sehr um die Erzeugung eines kollektiven Bewusstseins über richtig und falsch. Es gibt in Russland eine starke ethische Etikette. Das bedeutet nicht, dass jeder danach lebt. Eine einheitliche gesellschaftliche Bewertung sozialen Agierens wird jedoch oft deutlich.

Kein selektives Schulsystem

In der russischen Schule bleibt niemand sitzen. Theoretisch besteht zwar die Möglichkeit, praktiziert wird sie jedoch nicht. Eine erzwungene Wiederholung eines Jahrgangs hält man für Lernende und Lehrende gleichermaßen für sinnlos. Die russische Schule ist nicht selektiv. Jeder kann an jeder Schule Abitur machen, egal ob diese nun Gymnasium, Lyzeum oder Mittelschule heißt. Der Name Gymnasium ist wohl eher ein Schritt in Richtung der westlichen Kultur. Wer keine Lust mehr hat, kann nach der 9. Klasse abgehen und einen Beruf erlernen. Die Abiturprüfung ist zentral und die Note ist wichtig für das Einschreiben an den Universitäten.

Im Vergleich könnten beide Seiten, russische und deutsche, voneinander lernen. Die einen bieten nicht erst seit Makarenko eine kollektive, zutiefst menschliche Herangehensweise an pädagogische Probleme. Die anderen bieten für die Eigenaktivität von SchülerInnen vieles an Effektivität. Ein westliches Gefühl von Überlegenheit ist angesichts der Zustände in unseren Schulen unbegründet. ■

Für die Helden und Opfer der »Mafaa«!

Gedenkmarsch am 28. Februar: Erinnerung an das Zeitalter der Zerstörung und der Katastrophen in Afrika

FOTO: PRIVAT

von Marianne Ballé Moudoumbou, Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland

Es heißt, solange die LöwInnen ihre Bücher nicht selber schreiben und ihre Erinnerungen nicht selber erzählen, werden die Jagdberichte immer zum Ruhm der menschlichen Jäger geschrieben werden. Am 28. Februar 2015 organisiert das Komitee für ein Afrikanisches Denkmal, in Kooperation mit dem Zentralrat der Afrikanischen Gemeinde in Deutschland, den 9. Gedenkmarsch für die afrikanischen Opfer von Sklavenhandel, Sklaverei, Kolonialismus und rassistischer Gewalt und in Erinnerung an die HeldInnen des afrikanischen Widerstandes.

In einer Schule in Brandenburg wunderten sich die SchülerInnen einer 8. Klasse sehr darüber, dass sie trotz akribischer Suche im Internet keine Information über eine zentralafrikanische Handwerkstechnik finden konnten. Als wir mit einer unüblichen Weltkarte, in der Europa unten und Afrika oben ist, arbeiteten, war das für sie noch rätselhafter. Den SchülerInnen sollte damit verdeutlicht werden, dass unsere Wahrnehmung Fehlern unterliegt und wir von vielen Dingen beeinflusst werden.

Ein Mensch, der seine Vergangenheit nicht kennt, ist wie ein Baum ohne Wurzel, lautet eine afrikanische Weisheit. »Wer die Zukunft gestalten will, muss die Vergangenheit verstehen«, stellt Sylvia Löhrmann (Präsidentin der Kultusministerkonferenz) fest und betont wie wichtig es ist, Erinnerung als Teil historisch-politischer Bildung zu verstehen. Die Frage lautet, welches Bild von der Vergangenheit in diesem Prozess entsteht. Der Einzug der Themen Holocaust und Nationalsozialismus in den Unterricht ist eine große Errungenschaft der Nachkriegszeit in Deutschland. Nach der Vorstellung von Menschen anderer Kontinente umspannt die Erinnerungskultur jedoch weitere Facetten und einen viel breiteren Zeitraum.

Die deutsche Erinnerungskultur ist zum Teil sehr selektiv. 7.000 Menschen mit unmittelbaren afrikanischen Wurzeln sind in deutschen Konzentrationslagern umgebracht worden. Rund 30.000 Menschen sind dem deutschen Handel mit versklavten Menschen zwischen Westafrika und der Karibik zum Opfer gefallen. Sie werden im Unterricht sehr selten erwähnt. Nur Wenige haben überlebt und konnten ihre Erinnerungen weitergeben. Vor einigen Jahren erinnerte ein Kurator in Dakar an die Misshandlungen, Experimente und Folterungen, die afrikanische Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft über sich ergehen lassen mussten. Dass die ersten deutschen KZ während des Genozids an den Herero und Nama in Namibia errichtet wurden, sind Kapitel der deutschen Geschichte, die meistens in den Schulbüchern fehlen. Unerwähnt bleibt meist ebenfalls, dass die Staatsgrenzen im heutigen Afrika von den westlichen Besatzungsmächten auf Einladung von Otto von Bismarck während der Kongo-Konferenz von 1884

Ein Mensch, der seine Vergangenheit nicht kennt, ist wie ein Baum ohne Wurzel, lautet eine afrikanische Weisheit.

Der deutsch-ghanaische Politikwissenschaftler Joshua Kwesi Aikins informiert Nama- und HererovertreterInnen über die seit Jahren ignorierten Proteste der BerlinerInnen gegen die diskriminierende M-Straße. FOTO: J. ZELLER

bis 1885 besiegelt wurden. Betrachtet man diese Lücken im deutschen Geschichtsunterricht, erhält der Ruf der Kultusministerin nach einer Erinnerungskultur eine völlig neue Dimension. Die Frage ist, warum diese Fakten und Quellen nie genannt, nicht wahrgenommen werden. Informationen und Zahlen sind für ein umfangreiches Bild deutscher Kolonialgeschichte unerlässlich. Die Überarbeitung der Schulbücher kommt erst allmählich in mehreren Bundesländern in Gange.

Und die grausame Geschichte der Besatzung und Unterdrückung setzt sich fort. 60 Millionen versklavte Menschen wurden während der »Passage« – der Überführung von Afrika nach Amerika und anderen Kontinenten – ermordet. Seit dem Jahre 2000 starben nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration 22.000 geflüchtete Menschen. Hinzu kommen die Tode in der Wüste und auf anderen Seestraßen und Ozeanen. Hauptgrund ist Untätigkeit und unterlassene Hilfeleistung.

Ein wichtiger Aspekt der Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte sind damit verbundene Begrifflichkeiten. Es fängt mit Worten wie »Kolonialismus« an. »Colo« heißt auf Latein »pflegen, sich um etwas kümmern«. Die koloniale Realität aber war geprägt durch Verfolgung, Besatzung, Unterdrückung, Massenmord und Zerstörung. Eigentlich ist in diesem Zusammenhang der Begriff »postkolonial« auch problematisch. Er suggeriert, dass wir bereits in einer postkolonialen Ära leben, in der die Aufteilung und Geschichte Afrikas besiegelt ist. Ein anderer, sehr irreführender Begriff ist »Aufklärung«. Diese Zeit war auch die Blütezeit der Versklavung von Menschen mit afrikanischen Wurzeln und des Widerstands. In der panafrikanischen Bewegung heißt dieses Zeitalter »Maafa«: »Große Zerstörung und Katastrophe« in Kiswahili. Ein Begriff, den die Anthropologin Marimba Ani prägte.

Menschenrechte und Demokratie werden als eine ausschließlich westliche Erfindung im Unterricht präsentiert. Es wird nicht darauf hingewiesen, dass 1948 die überwältigende Mehrheit der Menschen auf afrikanischem Boden nicht das Recht hatte, die eigene Sprache zu sprechen, weiterführende Schulen zu besuchen und über ihr eigenes politisches Schicksal zu bestimmen. Wer sich dagegen wehrte, riskierte Folter und Tod. Erwähnt wird auch nicht die Kouroukan Fouga, die Mande-Charta aus dem heutigen Mali. Sie stammt aus dem 13. Jahrhundert und ist die älteste Erklärung grundlegender Menschenrechte. Sie wurde deshalb 2009 von der UNESCO zum immateriellen Weltkulturerbe erklärt.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden zahlreiche Denkmäler zum Ruhm der Mörder und Unterdrücker des Zeitalters der »Maafa« errichtet aber nicht in Andenken an Nahanda, Jakob Morenga und andere MärtyrerInnen, WiderstandskämpferInnen oder die anderen, zahlreichen Opfer des Kolonialismus. Menschliche Überreste werden immer noch in Museen aufbewahrt und nicht den jeweiligen Gemeinden übergeben, damit sie in Würde begraben werden können. Derartige Gegenstände zweifelhafter Herkunft sollen auch aktuell im Humboldt-Forum ausgestellt werden.

Wir möchten unsere Geschichte aus der eigenen Perspektive erzählen. In dem vom Afrika Rat einberufenen Tribunal prägte Kapet de Bana folgenden Satz: Vergebung kommt nach Reue und Büßen. Alle Kinder lernen, dass man sich nicht selber entschuldigt, sondern um Entschuldigung bittet. Die Bundesrepublik könnte diesem Beispiel folgen und aufrichtig büßen, sowie effiziente Maßnahmen zur Entschädigung einleiten, sich für die Rückführung der Überreste unserer AhnInnen und der Gegenstände zweifelhafter Herkunft einsetzen. Kolonialismus als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennen und endlich Mittel zur Errichtung eines Denkmals für die afrikanischen Opfer von Sklavenhandel, Sklaverei, Kolonialismus und rassistischer Gewalt, sowie für die und HeldInnen der Community widmen. ■

Marianne Ballé Moudoumbou, Stellvertretende Vorsitzende des Zentralrat der Afrikanischen Gemeinde in Deutschland, Pressesprecherin, Mitgründerin Komitee für ein Afrikanisches Denkmal, Sprecherin Pan-African Women's Empowerment & Liberation (PAWLO-Germany) e.V.

UMBENENNUNG EINER SCHULE

Dorothee und Harald Poelchau waren herausragende Persönlichkeiten des deutschen Widerstands. Die Gedenkstätte Yad Vashem ehrte sie als »Gerechte unter den Völkern«. Die Schulkonferenz der Poelchau-Schule in Charlottenburg hat dessen ungeachtet im Mai 2014 beschlossen, den Namen Poelchau aus dem Schulnamen zu tilgen. Man zieht um zum Reichssportfeld (Olympiapark) und wünscht einen Namen »mit Sportbezug«: »Neue Schule – neuer Name.« Die Poelchaus waren keine Sportler und sie sind auch nicht so prominent wie die Geschwister Scholl oder der Graf Stauffenberg. So entschied die Schule »in eigener Verantwortung«: Poelchau kommt weg.

York Zebuhr, Studienrat im Ruhestand

FOTO: OTFW/ BERLINER GEDENKTAFEL, AFRIKANISCHE STRASSE 140B, BERLIN-WEDDING

Verbunden in feministischen Kämpfen

Auf die Straße zum Frauen*Kampftag

FOTO: KAY HERSCHELMANN

*von Bärbel Lange, Vertreterin der GEW BERLIN im Bündnis Frauen*Kampftag*

Als wir Ende 2013 das bundesweite Bündnis Frauen*Kampftag gründeten, schrieben wir selbstbewusst in unserem Aufruf: »Unser Ziel ist es, den 8. März zu (re)politisieren, Frauen* untereinander zu solidarisieren und eine Öffentlichkeit für unsere Anliegen und Forderungen zu schaffen. Wir stellen uns in eine Reihe mit den feministischen Initiativen und Bewegungen und wollen versuchen eine gemeinsame neue feministische Offensive zu organisieren!« Wir waren uns rasch einig, dass auch nach mehr als hundert Jahren viele Forderungen immer noch aktuell sind, für die bereits beim ersten Internationalen Frauen*tag 1911 Frauen* auf die Straße gingen: Für rechtliche, politische und wirtschaftliche Gleichstellung, ein selbstbestimmtes Leben, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und sexuelle Selbstbestimmung.

Am 8. März 2014 kamen Tausende Menschen am Gesundbrunnen zur Auftaktveranstaltung. Sie brachten ihre Forderungen deutlich zum Ausdruck: »Für ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung«, »Smash Sexism«, »Pille danach – kostenfrei«, »Ersatzlose Streichung des § 218«, »Transphobie tötet«, »Frauen international gegen Rassismus, Sexismus und Kapital«, »Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit«, »Her mit dem guten Leben«, »Keine Lager für Frauen«.

Zu einem inhaltlichen Höhepunkt wurde die Auftaktveranstaltung am 15. und 16. November 2014. Erstmals hatten wir Zeit und die Möglichkeit, den inhaltlichen Austausch zu zentralen Themen innerhalb des Bündnisses und mit allen Interessierten zu führen. Originär gewerkschaftliche Forderungen, zum Beispiel für bessere Bezahlung der überwiegend weiblichen Beschäftigten im Erziehungs- und Gesundheitswesen, zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und die gerechtere Verteilung aller Arbeit, der Erwerbs- und der Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern, wurden ebenso konsensual diskutiert wie die Forderungen nach feministischen Inhalten in Forschung, Lehre, Schulbüchern sowie Lehrplänen der Schulen.

Einigkeit besteht in der Bewertung, dass Frauen* in besonderer Weise von Krieg und Gewalt betroffen sind; die Mehrheit der Anwesenden sprach sich solidarisch mit den kämpfenden Kurdinnen in Rojava aus. Überwiegend im Konsens wurden damit erste inhaltliche Festlegungen für den Aufruf zum 8. März 2015 beschlossen. Die Demonstration zum Internationalen Frauen*tag 2015 findet am 8. März in Berlin statt, Start ist am Rosa-Luxemburg-Platz. ■

*Weitere Unterstützer*innen und Mitstreiter*innen sind herzlich willkommen. Aktuelle Informationen: www.frauenkampftag2015.de*

DIE DEUTSCHEN LIEBEN TORTEN MIT SCHLAGSAHNE

Diese Anleitung des britischen Außenministeriums erhielten die britischen Soldaten noch vor Kriegsende im November 1944, als sie sich auf den Weg machten, Nazi-Deutschland zu besetzen. Ein erstaunlich faires Dokument, wenn man sich vor Augen hält, was die Deutschen in London angerichtet hatten und dass der Krieg noch voll im Gange war: »Das Britische Commonwealth, seine Verbündeten und die Truppen, die sie repräsentieren, hegen nicht die Absicht, Vergeltung an den Deutschen zu üben. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass sie niemals wieder die Möglichkeit bekommen, Europa und die ganze Welt in Blut zu ertränken.«

Dieses Büchlein darf eigentlich in keiner Schulbibliothek fehlen, gibt es doch zumindest in der Oberstufe hervorragende Gesprächs- und Diskussionsanlässe. Die Auseinandersetzung mit dem Feind erzeugt ein plastisches und emotional eindrückliches Bild des Krieges und seiner Folgen – aber auch ein im wahrsten Sinne des Wortes denkwürdiges Bild der deutschen Geschichte und der Deutschen: Waren die Deutschen so? Sind die Deutschen so? Sind wir so?

Die britischen Autoren dieses Leitfadens demonstrieren aber auch, was eine demokratische, was eine humanistische Gesinnung ausmacht: »Bleiben Sie anständig und gerecht, aber werden Sie nicht weich«, raten sie den zumeist noch sehr jungen Soldaten, aber auch »Seien Sie vorsichtig mit Schnaps«.

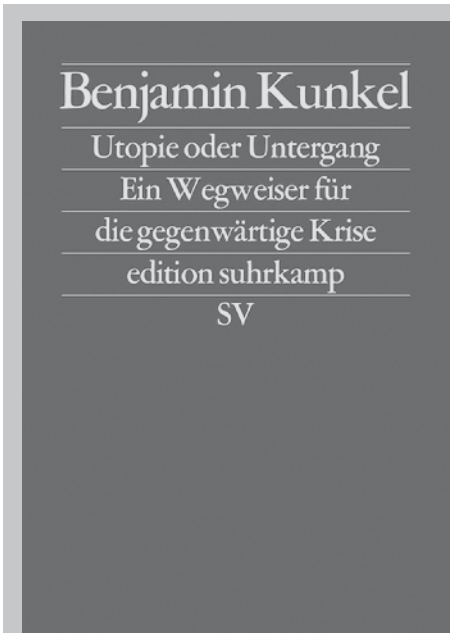
In dem schmalen Büchlein ist sowohl die englische Originalfassung abgedruckt als auch die von Klaus Modick besorgte deutsche Übersetzung.

The Bodleian Library (Hrsg.): Leitfaden für britische Soldaten in Deutschland 1944, Köln 2014, 8 Euro

UTOPIE ODER UNTERGANG

Der Zweck dieses Buches ist ein ganz und gar unbescheidener: Es möchte Hilfestellung bei der intellektuellen Orientierung geben und damit einen Beitrag dazu leisten, den einzig auf soziale Polarisierung, Aushöhlung der Demokratie und ökologischer Zerstörung abzielenden Kapitalismus durch eine neue, bessere Ordnung abzulösen«, heißt es in der Einleitung des Buches.

Ein in jeder Hinsicht erstaunlicher Autor. Benjamin Kunkel ist Jahrgang 1972, hat in Harvard und an der New Yorker Columbia University studiert und mit einem Master of Fine Arts (MFA) im Fach Kreatives Schreiben abgeschlossen. Sein



Debütroman »Indecision« (2005) ist ein Entwicklungsroman mit Bezügen zum 11. September, der in New York als Kultroman galt und 2006 in der deutschen Übersetzung erschienen ist.

»Utopie oder Untergang« dagegen enthält Aufsätze, deren erste Fassungen für verschiedene Magazine von 2010 bis 2013 geschrieben wurden. Hier präsentiert Kunkel sich als souverän diskutierender linker Essayist. Anhand der Positionen von David Harvey, David Graeber und anderen diskutiert er gut begründet die polit-ökonomische Lage vom Beginn des Neoliberalismus in den 70er Jahren bis in die Gegenwart. Für die deutsche Ausgabe ist aktuell noch ein Beitrag zu Thomas Piketty hinzugekommen. Bei Piketty lobt er dessen Datenfülle, meint aber, dass dessen theoretische oder interpretative Einsichten nicht an das statistische Niveau heranreichten. Pikettys Buch sei intelligent und informativ, aber nicht sonderlich erhellend. Aber wer hungere, neige dazu, »jedes halbwegs reichhaltige Essen als Festmahl anzusehen«, erklärt er den großen Erfolg des Buches. Piketty komme an vielen Stellen über eine Beschreibung nicht hinaus und mit dem Thema Ungleichheit beschäftigten sich Linke seit Jahren. Pikettys Vorschlag einer international erhobenen progressiven Vermögensteuer sei einfach nur naiv: »Offen gestanden, scheint eine sozialistische Revolution da wahrscheinlicher«, meint Kunkel.

Klaus Will

Benjamin Kunkel: Utopie oder Untergang. Ein Wegweiser für die gegenwärtige Krise, Berlin 2014

ANZEIGE

GRIPS

Supergute Tage

oder Die sonderbare Welt des Christopher Boone

nach dem Roman »The Curious Incident of the Dog in the Night-Time« von Mark Haddon
Bühnenfassung von Simon Stephens | ab 9. Klasse
Vorstellungen im März: 17., 18.00 Uhr | 18., 11.00 Uhr

GRIPS Hansaplatz Altonaer Straße 22, Berlin | U9 Hansaplatz | S Bellevue | 030-397474-77 | grips-theater.de

OMAR SY CHARLOTTE GAINSBOURG TAHAR RAHIM IZIA HIGELIN

HEUTE bin ich SAMBA

EIN FILM VON ÉRIC TOLEDANO & OLIVIER NAKACHE,
DEN REGISSEUREN VON ZIEMLICH BESTE FREUNDE

AB 26. FEBRUAR IM KINO!

/SENATOR.FILMLOUNGE WWW.SAMBA.SENATOR.DE SENATOR

IN DER STEINZEIT

Was haben Schülerinnen und Schüler vor 35 Jahren bloß ohne Handy und PowerPoint gemacht? Wie haben sie im Unterricht miteinander kommuniziert? Wie haben sie die Langeweile vertrieben? Wie konnten sie ohne Google überhaupt Hausarbeiten erledigen und Referate erstellen?

Die Schüler der pädagogischen Steinzeit mussten noch in Bibliotheken gehen und im Stichwortkatalog suchen, Bücher ausleihen und Exzerpte machen. Sie malten von Hand Skizzen und Kurven, schnitten Bilder und Fotos aus, fahndeten z.B. in Reisebüros nach Prospekten und Plakaten und pinnten ihre Werke mit Stecknadeln auf Korkbretter. Im Unterricht wurden vor allem Bücher und Arbeitsblätter eingesetzt. Schüler mussten ordentliche Hefter führen, für jedes Schulfach in einer anderen Farbe. Ihre Handschrift wurde benotet!

Schummeln bei Klassenarbeiten war ohne elektronische Medien schwieriger. Zum Einsatz kamen Liliput-Lexika und winzige Formelsammlungen, man versteckte auf der Toilette Fragen und Antworten, notierte sich physikalische Gesetze auf dem Oberschenkel oder baute Spickzettel ins Frühstücksbrot ein. Phantasie war gefragt.

Um den langweiligen Unterricht (natürlich frontal!) zu ertragen, waren Zettel und Konversationsbücher im Umlauf. Manchmal erwischte die Lehrkraft so ein Medium und las im Lehrerzimmer voller Neugier, was die Gören wirklich interessiert: »Paul ist so süß!« – »Soll ich mal fragen, ob er mit dir geht?« – »Oh krass, machst du das?« – »Paul, willst du mit Leonie gehen? Ja / Nein / Vielleicht.« – »Nö, kein Interesse.«

Hin und wieder kursierten auch Poesie-Alben, und die Lehrerin empfahl stereotyp: »Träume nicht dein Leben, lebe deine Träume!« Später gab es dann Freundschaftsbücher, da musste man nicht mehr lange nach Aphorismen suchen, sondern klebte einfach ein Foto rein und kreuzte an: »Was magst du lieber, Spagetti oder Pizza, Hund oder Katze, Mathe oder Deutsch, Berge oder Meer?«

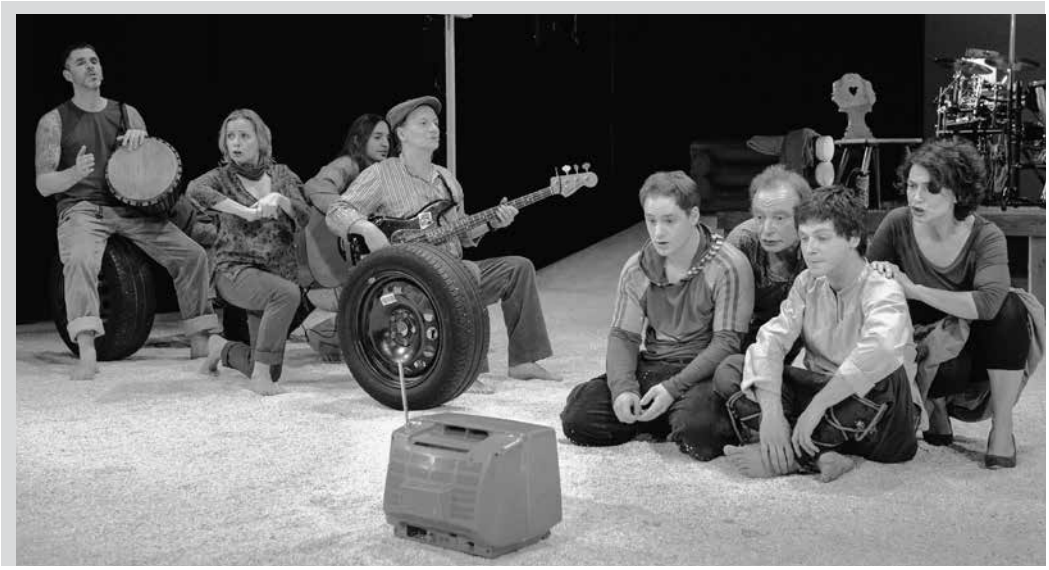
Ohne die heutige elektronische Vielfalt mussten Schüler (im Unterricht…) »Käsekästchen« spielen und »Schiffe versenken«. Oder »Stadt, Land, Fluss«. Die Spielfelder wurden noch mit der Hand gezeichnet! Außerdem waren Faltarbeiten in Mode (»Himmel und Hölle«, kleine Schiffe und Schächtelchen). Manche Mädchen schrieben während der Stunde Gedichte und Tagebuch oder strickten. Einige Jungen hatten im Lehrwerk Comics versteckt und betrieben höchst konzentriert ihr Quellenstudium. Mit etwas Geschick konnte man im Unterricht auch Offiziersskat oder Schach spielen.

In den Pausen unterhielt man sich. Das heißt, man stand einander gegenüber und formulierte verbal, was man sich heute viel bequemer per SMS oder im Chat mitteilen kann. Man musste diesen Kraftakt ganz ohne »Kommunikationskompetenz« bewältigen. Manche spielten bis zur Erschöpfung Fußball. Vereinzelt soll es Spiel und Gespräch auch heute noch in den Hofpausen geben. Die meisten SchülerInnen aber haben zur Beschallung hochmoderne Ohr-Implantate und müssen keinen Small Talk mehr machen.

Wenn Eltern ihre Kinder dringend erreichen wollten, riefen sie im Schulsekretariat an. Wandertage und Klassenfahrten mussten ganz ohne Handy ausgehalten werden. Manchmal wussten Eltern stundenlang nicht, wo sich ihr Kind gerade befand und was es machte! Vor Jugendherbergen gab es Telefonzellen, vor denen sich abends Warteschlangen bildeten. Existenzielle Botschaften wie: »Ich sitze gerade in der U-Bahn, ich bin in fünf Minuten daheim« konnte man nicht so ohne weiteres loswerden. Man musste umständlich Briefe schreiben und teure Telegramme versenden.

So warteten die Jugendlichen jahrelang sehnsüchtig auf die Erfindung von Laptop und Smartphone. Zwischenzeitlich begnügten sie sich mit Walkman, Discman, Pager und Tamagochi. Wie reich ist das Leben dagegen heute: 700 tiefgründige Freundschaften auf Fatzebook, 50 Seiten über den Nahost-Konflikt, die man dem Geschichtslehrer mal eben ausdrucken kann (»Wie jetzt? Das zählt nicht als Referat???«), die Möglichkeit alles, aber auch wirklich alles zu googeln, herunterzuladen, zu filmen, zu posten, zu teilen, zu bloggen, zu twittern – und zu glauben. Und bald sind auch all die Steinzeitlehrer in Pension, die keine verwertbaren Kompetenzen wollen, sondern immer noch von Meinungsbildung, Urteilsvermögen und Kritikfähigkeit schwafeln.

Gabriele Frydrych



Szene aus dem Stück »Matti und Sami und die drei größten Fehler des Universums« im Atze-Musiktheater. Eine mitreißende Inszenierung, findet Hans-Wolfgang Nickel. Besprechung unten.

FOTO: JÖRG METZNER

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Constanza Macras zeigt mit ihren TänzerInnen in der **Schaubühne** artistisch-akrobatische Tanzszenen von stupender Körperbeherrschung, fallend und springend, vielfach verzerrt, oft auf dem Boden, in wechselnden Kostümen und Gruppierungen. Dazu behandeln die Tanzenden in ihren Sprechtexten disparate, vorwiegend theoretische Themen: Mnemotechnik, Gedächtnis, Zeit, Raum, dazu Erinnerungen, Fragmente von Lebensgeschichten (aus der eigenen Kindheit und Jugend) – zusammengebunden nur durch den Titel »The Past« – weithin emotionslos, unterkühlt, technisch brillant, auf Bewegung fixiert. *»The Past«* ist also vor allem Körper-Arbeit, auch wenn es um Erinnerungen an die Bombenangriffe auf Dresden geht (ab 16).

AufBruch zeigt in der Strafanstalt Plötzensee eine intelligente und berührende Montage, locker zusammengefügt aus Eigentexten der Spieler (Ergebnisse eines Schreibworkshops) und einigen wenigen Literaturzitaten; dazu gehört auch der Titel *»Briefe an meine Katze«*. Das Publikums wird mit leichter Hand einbezogen; schon beim Einlass gibt es eine intelligente, pfiffige Fragebogenaktion, die dann zum Teil in der Aufführung aufgegriffen wird. Es geht also in einer lockeren Spiellandschaft dicht vor dem Publikum vor allem um die Begegnung mit den Spielern, ihren Erinnerungen, Erzählungen, Reflexionen und Wunschvorstellungen – eine wirkliche, intensive Kontakt-Aufnahme (und damit eine besondere Not-Wendigkeit!). Eine spezielle Attraktion ist der Koch, der während der Aufführung ein besonderes Gericht vorbereitet, das bei dem anschließenden Gespräch zwischen Spielern und Publikum serviert wird (ab 16).

Umjubelte Premiere im **Atze-Musiktheater**. *»Matti und Sami und die drei größten Fehler des Universums«* ist zunächst ein Roman von Salah Naoura, in Berlin geborener Sohn einer deutschen Mutter und eines syrischen Vaters; Naoura studierte Germanistik und Skandinavistik in Stockholm und Berlin; sein Buch, 2011 erschienen, wurde 2012 in der Kategorie Kinderbuch für den Deutschen Jugendliteraturpreis nominiert. Thomas Sutter hat daraus (als Autor, Komponist und Regisseur) eine mitreißende Bühnenfassung erarbeitet, fügt filigran Text und Ton, Szene und Musik in einander, zeigt zugleich, wie Theater gemacht wird – wenn etwa die Schauspieler aus ihren Körpern ein Telefonhäuschen bauen. Ähnlich sind auch die szenische Ausstattung und ihre Verwandlungen voller Überraschungen und Pointen.
Dazu kommt eine inhaltliche interkulturelle Komponente; der elfjährige Matti möchte unbedingt in den Ferien nach Finnland, zur Heimat seines Vaters und zum Wohnort seines Onkels. Dieses finnische Brüderpaar besteht allerdings aus zwei miteinander rivalisierenden Aufschneide-Brüdern, die einander mit ausgedachten Erfolgsstories überbieten. Damit sind wir beim thematischen Schwerpunkt von Buch und Stück. Der elfjährige Matti nämlich stolpert über die Schwindeleien von Vater und Mutter, will diese »drei größten Fehler des Universums« korrigieren, verstrickt sich dabei selbst in Unwahrheit und Notlüge, arbeitet sich aber auch wieder heraus – sodass es zur Reise nach Finnland und dort schließlich zu einem überraschenden Happy End kommt.
Ab 7 – ich würde eher denken, ab 9; auf jeden Fall aber auch für Erwachsene.

Wolfgang Nickel

FORTBILDUNG

Soziale Kompetenzen & Gewaltprävention
Die Alice Salomon Hochschule Berlin (ASH) bietet in der Zeit vom 8. Mai 2015 bis 25. Juni 2016 den berufsbegleitenden Zertifikatskurs zur »PädagogIn für Vermittlung sozialer Kompetenzen & Gewaltprävention« zum dreizehnten Mal an. Die Zusatzqualifizierung richtet sich an Lehr- und Fachkräfte aus den Bereichen Schule, Soziale Arbeit, Erziehung und Bildung, die sich mit dem Konzept der »Selbstwertstärkenden Konfrontationspädagogik in der Schule und Jugendhilfe« intensiver auseinander setzen und in ihrer beruflichen Praxis anwenden möchten. Die Bewerbungsfrist endet am 6. März 2015. Weitere Info: www.ash-berlin.eu/weiterbildung. Annett Eckloff, Magdalena Malyga Tel.: 030/ 99245-319/353, E-Mail: eckloff@ ash-berlin.eu/ malyga@ash-berlin.eu

Gestaltung von Süd-Nord-Schulpartnerschaften
MitbürgerInnen aus verschiedenen Ländern des Südens spielen bei einer Schulpartnerschaft eine wichtige Rolle. Sie können wie eine externe FreundIn der Schule oder der Partnerschafts-AG immer wieder ihre Perspektive und regionalen Kenntnisse in die Diskussion einbringen. Sie sind wichtige MittlerInnen im sprachlichen oder auch kulturellen Bereich, um einen gleichwertigen Dialog Süd-Nord zu fördern. Wer noch keine Partnerschaft hat, bietet sich vielleicht hier die Chance, neue Kontakte zu knüpfen. Samstag, den 7. März 2015 von 10 bis 17 Uhr, Ort: ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH/ Bildung trifft Entwicklung Trautenaustraße 5, 10717 Berlin. Anmeldung bis zum 27.2.15 und weitere Informationen über ev.omf@hotmail.com oder gisela.fuehring@gmx.net

MATERIALIEN

Materialien zur Antirassismusarbeit
Die Vielfalt-Mediathek des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit (IDA) e.V. hat über 2000 Materialien zu den unterschiedlichsten Themengebieten in ihrer Mediathek gesammelt. Neben den Materialien zum Antirassis-

mus findet man dort auch Angebote zu den Themen Diversität, interkulturelle Öffnung, Flucht und Asyl. www.vielfalt-mediathek.de

Glossar für das Einwanderungsland
Die Organisation »Neue deutsche Medienmacher (NdM) hat ein Glossar erstellt, das Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland Deutschland bietet. Ein Beispiel: »Standard-Deutsche beschreibt Deutsche ohne Migrationshintergrund und macht aufmerksam auf eine Norm-Vorstellung, von der Deutsche mit Migrationshintergrund vermeintlich abweichen. Der Begriff wurde durch den Migrationspädagogen Paul Mecheril in die Debatte eingebracht (siehe auch Copyright-Deutsche).« Die Neuen deutschen Medienmacher sind eine Organisation von Medienschaffenden mit und ohne Migrationsgeschichte, die für mehr Vielfalt in den Medien eintreten. Das Glossar steht als PDF auf der Website der NdM: www.neuemedienmacher.de/wissen/wording-glossar

Berliner Forum Gewaltprävention
Die Schriftenreihe der Landeskommission Berlin gegen Gewalt hat jüngst die Veröffentlichung »Berliner Monitoring – Jugendgewaltdelinquenz« und »Antisemitismus als Problem und Symbol. Phänomene und Interventionen in Berlin« mit den Heft-Nummern 52 und 53 herausgebracht. Erhältlich als Download oder Papierfassung unter www.berlin.de/lb/lkbgg

AKTIVITÄTEN

Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen
Vom 14. Mai bis 17. Mai 2015 findet das Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen in der Akademie Waldschlösschen in Reinhausen bei Göttingen statt. Im Mittelpunkt stehen wieder schulpolitische und für lesbische Lehrerinnen relevante Themen.
Daneben werden kreative, literarische und sportliche Programmpunkte stehen. Das Treffen bietet den Rahmen, neue Kontakte zu knüpfen und bestehende Netzwerke zu intensivieren. Alle noch aktiven oder nicht mehr aktiven Kolleginnen sind herzlich eingeladen. Informationen und Anmeldung unter: www.waldschloesschen.org

Kursleiter für Deutsch-Kurs an VHS gesucht
Dringend wird an der VHS-Tempelhof-Schöneberg ein Kursleiter für den Kurs TS62.02B Vorbereitung auf den Lehrgang zur Berufsbildungsreife für junge Migrantinnen und Migranten vom 16. Februar bis zum 19. März 2015 gesucht. Der Kurs richtet sich an junge erwachsene (über 18) MigrantInnen, die mindestens ein Jahr in Deutschland sind und einfaches Deutsch sprechen und verstehen können. Die Deutschkenntnisse und Grundlagen in Mathematik (Grundrechenarten) sollen wiederholt, vertieft und erweitert werden (Schreiben einfacher Texte!), sodass der Aufnahmetest zum Lehrgang »Schulabschlüsse im zweiten Bildungsweg ...« (Offenbacher Str. 5a, 14197 Berlin) bestanden werden kann. Der Kurs soll täglich von 12:30 bis 15:50 Uhr (4 USt.) stattfinden. Kleine Verschiebungen sind u. U. nach Absprache möglich. Die Bezahlung erfolgt nach den üblichen VHS-Honoraren für Lehrkräfte (25 Euro pro Unterrichtsstunde). Interessenten melden sich bitte beim früheren Kursleiter Günther Mlodzian gue-ml@versanet.de

SENIORINNEN

Die Veranstaltungen der SeniorInnen sind selbstverständlich offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste!

GEW-Chor: 25.2. und 11.3. jeweils um 17 Uhr im GEW-Haus, Ahornstr. 5, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

GEW-Singkreis: 11.2., 18.2. und 4.3. um 17 Uhr im GEW-Haus, Ahornstr. 5, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

GEW-Stammtisch für RuheständlerInnen: 25.2. von 14.30 bis 16.30 Uhr im »Ulrichs – Café, Küche und Kultur« in der Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 11 (ehem. Einemstraße), Eingang Ahornstraße, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

Junge Alte in der GEW BERLIN
10. Februar 2015: »Vorsicht! Trickdiebe und Trickbetrüger«. Präventionstheater der Polizei. Kostenlos. Treffpunkt: 15:00 Uhr Theater Coupé, Hohenzollerndamm 177 (U-Bahn Fehrbelliner Platz). Kontakt: Reinhard Brettel, Tel. 69 81 69 31

10. März 2015: Führung durch das BundeskanzlerInnenamt. Wir treffen und um 13 Uhr vor dem Bundeskanzleramt. Anmeldung bei Monika Falkenhagen (falbra @t-online.de) mit Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Geburtsort. Teilnahme nur mit Bestätigung der Anmeldung. Kontakt: Monika Falkenhagen, Tel. 891 69 25

BSA Pankow
13. Februar 2015: Besichtigung des Konzerthauses am Gendarmenmarkt. Treffpunkt: 16 Uhr vor dem Eingang, Kosten 3 Euro, Kontakt: Kollegin Mannschatz, Tel. 42 80 74 77
10. März 2015: Anlässlich des Frauentages treffen wir uns in der SeniorInnenfreizeitstätte am Friedrichshain. Die Sängerin Marlies Corbonaro und der Pianist Luca Corbonaro erfreuen uns mit heiteren Melodien »Wenn die kleinen Veilchen blühen«. Treffpunkt: 14 Uhr, Am Friedrichshain 15, Kontakt: Kollegin Lange, Tel. 65 48 42 50

BSA Friedrichshain-Kreuzberg
18. Februar 2015: Rathausgespräch mit Frau Behlicke. Treff um 9:50 Uhr vor dem Gebäude Frankfurter Allee (Nähe U-Bahnhof Samariterstr.)
Mittwoch, 18. März 2015: Kaffeeklatsch anlässlich des Frauentags. Treff 10.30 Uhr im Café Sybille
15. April 2015: Besuch des Britzer Gartens »Tulipan«. Treff nach Absprache
29. April 2015: Baumblütenfest in Werder. Abfahrt mit RE 1 um 9.33 Uhr ab Alex, Ankunft Werder 10.18 Uhr, Treff 10.20 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz an der Bushaltestelle zur »Blütenrundfahrt«.

BSA Lichtenberg
19. Februar 2015: Besuch der Gipsformerei in Charlottenburg. Wir besichtigen die älteste Einrichtung der Staatlichen Museen zu Berlin. Treffpunkt: 9.30 Uhr S-Bahnhof Westend, Führung um 10 Uhr in der Sophie-Charlotte-Str. 17-18, Kosten 4 Euro, Kontakt: Barbara Schütz, Tel. 472 74 77

INTERNET

www.polizeideinpartner.de ist das Präventionsportal der DGB-Gewerkschaft der Polizei (GdP) und bietet Infos von Fachleuten zu allen Bereichen der polizeilichen Prävention. Dort findet man hilfreiche Tipps zum Einbruchschutz, zur Verkehrssicherheit sowie zur Gewalt- und Suchtvorbeugung.

Der Bildungsserver Berlin-Brandburg empfiehlt
Handreichung »Bausteine eines individualisierten Unterrichts« Die Sammlung von erprobten Unterrichtsmaterialien einschließlich SchülerInnenbögen und didaktischen Hinweisen für die Lehrkräfte steht jetzt auch online zur Verfügung. *bildungsserver.berlin-brandenburg.de/351+M5bf43960d47.html*

Von der Lerngruppe für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse in die Regelklasse – ein dokumentierendes Verfahren. Die Publikation befasst sich ausführlich mit der Entwicklung zugewanderter Schülerinnen und Schüler. Es werden Instrumente zur Einschätzung des Sprachstands und zur Dokumentation von Spracherwerbsprozessen vorgeschlagen. *bildungsserver.berlin-brandenburg.de/351+M5f6b81cd00d.html*

poliWHAT?! In Zusammenarbeit mit Jugendlichen entstehen digitale Medien, die erklären, wie in Deutschland Politik gemacht wird. Alle Ergebnisse sind als Creative Commons lizenziert und können kostenfrei weiterverwendet werden. *bildungsserver.berlin-brandenburg.de/351+M5bae734692c.html*

Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
Extra günstig vom Spezialisten
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen günstig bis 120%
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 35 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit
3,95% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 30.000 €, Lfz. 96 Monate, 3,95% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,88% p.a., Rate 365,- €, Gesamtkosten 34.928,25 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz,de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 €, effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

KLASSEnREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab EUR 235,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab EUR 220,-

Oder Österreich...Holland...Frankreich...Kroatien...Deutschland
Städtereisen: Berlin, München, Hamburg, Köln, Dresden, Weimar, Freiburg
Amsterdam, Brüssel, Paris, London, Straßburg, Wien, Krakau, Rom, Prag...
Günstige Flugreisen in viele europäische Metropolen...
Tel. 030/3030836
KLASSE REISEN GmbH • www.klasse-reisen.com • mail@klasse-reisen.com

Von hier an ... ... geht es aufwärts!
Klinik am Leisberg BADEN-BADEN
Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!
Indikationen:
Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Essstörungen, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe
Privatklinik für psychologische Medizin. Akutaufnahme möglich, wir beraten Sie gern!
Gunzenbachstraße 8 · 76530 Baden-Baden · Telefon 07221 / 39 39 3-0
Fax 07221/39 39 3-50 · www.leisberg-klinik.de · info@leisberg-klinik.de

LockeToursBerlin
Abruzzen im Herzen der Natur ab 645 EUR
Natürliche Emotionen auch für Familien
Baltische Länder per Rad ab 1295 EUR
Korsika GR20 Wanderung ab 1280 EUR
Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!
www.locketours.de
Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

YOGA in SCHULEN und KINDERTAGESSTÄTTEN
2 jährige, berufsbegleitende Fortbildung von September 2015 bis Juni 2017. Infos und Anmeldung:
Anna-Leena Bahrmann abahrmann@gmx.de
Magdalena Rechlin m.rechlin@snafu.de

Buttonmaschinen, Material und mehr:
www.shop.graph-druckula.de
Graph Druckula GmbH · Tel. 69401620 · Mo-Fr 10-17 Uhr

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2015
- Friedens- und Konfliktforschung: Global Competence – eine Lösung?
- Interkulturelle Kommunikationskompetenz
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Improvisation u. Singen – Impulse f. d. Stimmarbeit
- Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining
- Ressource Lampenfieber

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

RAD- UND WANDERREISEN IN GROSSBRITANNIEN
Cornwall (Coastal Path) • Cotswolds • Kanalinseln
www.sisu-aktivreisen.de

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE
von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.
PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not
Spielen macht stark!
www.tdh.de/spielen

BUSART-TOURS GmbH
/...das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
Busvermietung: Tel. +49/30/303083-0
Albrechtstr. 138–140 • 12099 Berlin
Fax: +49/30/30 30 83-55
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

bleifrei Medien Kommunikation
Erkelenzdamm 9
10999 Berlin
Tel.: 61 39 36-0
info@bleifrei-berlin.de

Für alle Fälle

Darf meine SchulleiterIn unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement der Schulrechtssammlung hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-27
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

09. FEB	17.00 Uhr	**AG Schulen im sozialen Brennpunkt**	Raum 32
11. FEB	17.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 34
	17.00 Uhr	**AG Frieden**	Raum 47
12. FEB	16.30 Uhr	**LA Frauenpolitik**	Raum 300
17. FEB	19.00 Uhr	**LAMA**	Raum 33
	19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**	Raum 300
19. FEB	17.00 Uhr	**FG ISS**	Raum 47
	18.00 Uhr	**Junge GEW**	Raum 32
	18.00 Uhr	**Kita AG**	Raum 33
	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 34
24. FEB	19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**	Raum 33
25. FEB	17.30 Uhr	**FG Sonderpädagogik + Grundschule**	Raum 300
	19.00 Uhr	**FG Sonderpädagogik**	Raum 34
26. FEB	16.30 Uhr	**AG Jugendliteratur**	Raum 47
	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 33
02. MRZ	16.00 Uhr	**AG Verfolgte Lehrkräfte**	Raum 47
	17.00 Uhr	**AG Schulen im sozialen Brennpunkt**	Raum 32
05. MRZ	17.30 Uhr	**LA Frauenpolitik**	Raum 300
09. MRZ	18.00 Uhr	**MV der FG ISS**	Raum 32

Je suis Charlie

GRAFIK: LUCILLE CLERC

GENERATIONENDIALOG: WO KOMMEN WIR HER? WO WOLLEN WIR HIN?

In einer immer schneller werdenden Zeit geht es mehr denn je darum, Erfahrungen und Erwartungen auszutauschen und Verbindungen herzustellen - auch innerhalb der GEW BERLIN. Es stehen sich scheinbar gegenüber: Alt – Jung, Veränderung – Tradition, Gestern – Heute, Ost und West. In einem gemeinsamen Austausch sollen diese Dinge einmal nicht nur als Gegensätze gedacht werden, sondern wir wollen sie gedanklich gleichberechtigt nebeneinander stellen, um Entwicklungen und Gemeinsamkeiten sichtbar werden zu lassen. Wir setzen damit unsere junge Veranstaltungsreihe fort und laden Mitglieder aus allen Bereichen unter und über 50 ein, miteinander über die GEW BERLIN zu sprechen.
Am Samstag, **28. Februar 2015 von 10 bis 17 Uhr**.
Anmeldung: www.gew-berlin.de/4426_10771.php

DIE AG FRIEDEN LÄDT EIN

»Friedensbewegung stärken - Wie kann die GEW sich einbringen?« mit: Laura von Wimmersperg (Friko) und Reiner Braun (IALANA) Donnerstag, **26. Februar 2015 um 19 Uhr** im GEW-Haus. Die Demonstration der Berliner Friedensbewegung am 13. Dezember zum Bundespräsidialamt war trotz vieler Irritationen im Vorfeld ein großer Erfolg. Die Diskussionen um einen Teil der Unterstützer haben aber auch gezeigt, dass wir uns in unserer Gewerkschaft zu aktuellen Aktionen und Forderungen verständigen müssen.

BONUS FÜR BRENNPUNKTSCHULEN?

Die GEW-Fachtagung zum Thema »Rettet das Bonus-Programm unsere Brennpunkt-Schulen?« findet am Montag, **16. März 2015 von 9 bis 16 Uhr** im GEW-Haus statt. Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung werden Anfang Februar an die Schulen versandt und sind dann auch über die Homepage abrufbar.

SCHULBESUCHSTAGE DER GGG

Was Schulen des gemeinsamen Lernens zu bieten haben, kann man vom **9. bis 11. März** erfahren. Anmeldung unter www.ggg-berlin.de

FRAUENVERSAMMLUNGEN 2015

09. März: Region 07 im Rathaus Schöneberg
16. März: Region 04 am Sophie-Charlotte-Gym., Sybelstr. 2-4
23. März: Berufsbildung im Roten Rathaus